

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

**Information und Entscheidung zu den Äußerungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit
(§ 3 Abs. 2 BauGB)
vom 18.07.2023 bis zum 01.08.2023
sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)
vom 22.06.2023 bis zum 28.07.2023**

Zweckverband Flugplatz Bitburg – Bebauungsplan Nr. 9 „B-Shelterbereich“

Die folgenden Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden zur Planung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Name der Behörde / des Trägers öffentlicher Belange	Datum der Rückäußerung
01. ADD, Referat 21 b, Willy-Brandt-Platz 3, 54290 Trier	
02. Bischöfliches Generalvikariat Trier, Postfach 1340, 54203 Trier	
03. Bundesforst Bundesforstbetrieb Rhein-Mosel, Grünbacherweg 7, 55774 Baumholder	
04. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Ostallee 3-5, 54290 Trier	
05. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Hauptstelle Dortmund – Sparte Portfoliomanagement – Träger öffentlicher Belange (RLP) Nebenstelle Düsseldorf, Fontanestraße 4, 40470 Düsseldorf	
06. Deutsche Bahn AG, DB Immobilien Region Mitte, Liegenschaftsmanagement, Camberger Straße 10, 60327 Frankfurt am Main	
07. Deutsche Telekom Technik GmbH, PTI 14, Polcher Str. 15-19, 56727 Mayen	28.06.2023
08. Deutscher Wetterdienst, Abteilung Finanzen und Service, Postfach 10 04 65, 63004 Offenbach	
09. DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, Am DFS-Campus 10, 63225 Langen	
10. Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel, Westpark 11, 54634 Bitburg	27.06.2023
11. Eisenbahn-Bundesamt (EBA), Landeseisenbahnverwaltung Rheinland-Pfalz, Untermainkai 23-25, 60329 Frankfurt/Main	

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

12.	Ev. Kirchengemeinde, Trierer Straße 17, 54634 Bitburg	
13.	Forstamt Bitburg, Kleiststraße 5, 54634 Bitburg	11.07.2023
14.	Fernleitungs- und Betriebsgesellschaft mbH, Hohlstraße 12, 55743 Idar-Oberstein	21.07.2023
15.	Handwerkskammer Trier, Loebstraße 18, 54292 Trier	
16.	Industrie- und Handelskammer, Herzogenbuscher Straße 12, 54292 Trier	
17.	Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm, Trierer Straße 1, 54634 Bitburg	10.07.2023
18.	Stadtverwaltung Trier, Amt für Stadtkultur und Denkmalschutz, Viehmarktplatz 20, 54290 Trier	
19.	Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Landesarchäologie, Weimarer Allee 1, 54290 Trier	25.07.2023
20.	Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz, Emy-Roeder-Straße 5, 55129 Mainz	
21.	Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Brunnenstraße 1, 54568 Gerolstein	
22.	Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Fachgruppe Luftverkehr, Gebäude 667C, 55483 Hahn Flughafen	28.06.2023
23.	Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, Dienststelle Trier, Gartenfeldstraße 12 a, 54295 Trier	26.07.2023
24.	LBB-Niederlassung Landau – Abt. Pipeline Maßnahmen, Untertorplatz 1, 76829 Landau	
25.	LBB-Niederlassung Trier, Postfach 3410, 54224 Trier	11.07.2022
26.	Ministerium d. Innern u. für Sport, Oberste Landesplanungsbehörde, Schillerplatz 3-5, 55116 Mainz	
27.	Planungsgemeinschaft Region Trier, Postfach 40 20, 54290 Trier	
28.	SGD Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Deworastraße 8, 54290 Trier	25.07.2023
29.	Stadtverwaltung Bitburg, Rathaus, 54634 Bitburg	
30.	SWT Stadtwerke Trier Versorgungs-GmbH, Ostallee 7 – 13, 54290 Trier	10.07.2023
31.	Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Stresemannstraße 3 – 5, 56068 Koblenz	
32.	Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht, Deworastraße 8, 54290 Trier	20.07.2023
33.	Stadtwerke Bitburg, Denkmalstraße 6, 54634 Bitburg	
34.	Vermessungs- und Katasteramt Westeifel-Mosel, Im Viertheil 24, 54470 Bernkastel-Kues	
35.	VGV Bitburger Land, Hubert-Prim-Straße 7, 54634 Bitburg	
36.	VGV Bitburger Land für Ortsgemeinde Hüttingen/Kyll	
37.	VGV Bitburger Land für Ortsgemeinde Oberstedem	
38.	VGV Bitburger Land für Ortsgemeinde Röhl	

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

39.	VGV Bitburger Land für Ortsgemeinde Scharfbillig	
40.	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn	22.06.2023
41.	Westnetz GmbH, Regionalzentrum Trier, Eurener Straße 33, 54294 Trier	26.06.2023
42.	Regionales Klimabüro Essen des Deutschen Wetterdienstes, Wallneyer Straße 10, 45133 Essen	
43.	Zweckverband Abfallwirtschaft Region Trier (A.R.T.), Postfach 47 20, 54237 Trier	14.07.2023

Beteiligung der Öffentlichkeit - Name des Bürgers oder der Organisation		Datum der Rückäußerung
01.	BUND, Bahnhofstraße 3, 54622 Speicher	Vorabschreiben vom 12.07.2023
02.	BUND, Bahnhofstraße 3, 54622 Speicher	28.07.2023

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Folgende Äußerungen / Informationen aus der Behördenbeteiligung (§ 4 Abs. 1 BauGB) liegen vor:	Kommentierung Planungsbüro / Verwaltung
<p>Nr. 07 Deutsche Telekom Technik GmbH, PTI 14, Polcher Str. 15-19, 56727 Mayen– Schreiben vom 28.06.2023</p> <p>„...wir danken Ihnen für die Mitteilung Ihrer Planungsabsichten.</p> <p>Die Telekom Deutschland GmbH – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 2 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegsicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Gegen die o. a. Planung haben wir keine Einwände.“</p> <p>Kein Beschluss erforderlich.</p>	<p>Zu Nr. 07</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Nr. 10 Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel, Westpark 11, 54634 Bitburg– Schreiben vom 27.06.2023</p> <p>„...gegen den vorliegenden Bebauungsplan bestehen unsererseits keine Bedenken, da Belange unseres Hauses nicht betroffen sind.“</p> <p>Kein Beschluss erforderlich.</p>	<p>Zu Nr. 10</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Nr. 13 Forstamt Bitburg, Kleiststraße 5, 54634 Bitburg– Schreiben vom 11.07.2023</p>	<p>Zu Nr. 13</p>

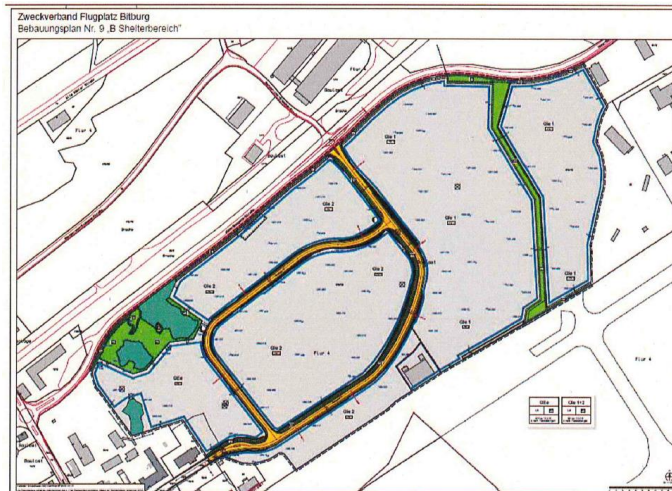
Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

„...nach Prüfung der vorgelegten Planungsunterlagen verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 12.09.2019 und den dort getroffenen Aussagen.“

„Stellungnahme von 2019:

Nach Prüfung der vorgelegten Planungsunterlagen teilen wir Ihnen nach Abstimmung mit der oberen Forstbehörde der Zentralstelle der Forstverwaltung in Neustadt/Weinstraße, als zuständige untere Forstbehörde, folgendes mit:

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg hat im Dezember letzten Jahres beschlossen, ein eine erneute Offenlage für den Bebauungsplan Nr. 9 „B-Shelterbereich“ zur Ausweisung eines Gewerbe- und Industriegebietes zu gehen.



Das Plangebiet (graue Einfärbung) liegt zentral im Verbandsgebiet des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg, nordöstlich des Towers und nördlich des Flugfeldes und hat eine Gesamtgröße von etwa 27 ha. Im Norden der Fläche soll eine Nutzung als Industriegebiet ermöglicht werden. Der südwestliche Teil soll als Gewerbegebiet ausgewiesen werden.

Die Ausführungen der Stellungnahme aus dem Jahr 2019 werden zur Kenntnis genommen. Sie sind inhaltlich zutreffend.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Der gemeinsame Flächennutzungsplan der Stadt Bitburg und der VG Bitburg sieht für den zu überplanenden Bereich ein Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Flugaffines Gewerbe“ dar. Mit dieser Sondergebietsausweisung wurden Bereiche für spezielle Nutzungen reserviert, um bei einer Entwicklung zur großen fliegerischen Nutzung, aber auch bei gewerblichen-industriellen Nutzung aus dem flugtechnischen Bereich ausreichend zusammenhängende Flächen in unmittelbarer Nähe bzw. unmittelbarem Zugang zum Flugfeld anbieten zu können. Diese Möglichkeiten bestehen auch mit der Entwicklung des vorliegenden Bebauungsplans Nr. 9 immer noch, wenngleich die durch die Festsetzungen zuzulassende gewerblich-industrielle Nutzung nicht mehr nur den Bezug zur Flugtechnik geprägt sein wird. Der Flächennutzungsplan wird im Rahmen eines Parallelverfahrens nach BauGB geändert werden.

Betroffene Wirkungen des Waldes 1. Waldrodung:

Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 9 „B-Shelterbereich“ bestehen aus forstbehördlicher Sicht grundsätzlich keine Bedenken.

Bei der Realisierung des Bebauungsplanes durch entsprechende Ansiedlung von Gewerbe und Industrie müssen Waldflächen in einer Größenordnung von insgesamt 1,97 ha gerodet werden.

Nach § 14 (1) LWaldG darf Wald nur mit Genehmigung des Forstamtes gerodet und in eine andere Bodennutzungsart umgewandelt werden. Nach § 14 (5) LWaldG erteilt oder versagt das Forstamt eigentlich im Zeitpunkt der Erstellung des Flächennutzungsplanes eine Umwandlungserklärung. Hierbei handelt es sich um eine Absichtserklärung, die eine erforderliche Genehmigung in Aussicht stellt oder versagt. Die zu einem späteren Zeitpunkt erforderliche Umwandlungsgenehmigung wird dadurch nicht ersetzt und muss vor Umsetzung der Baugenehmigung beim zuständigen Forstamt parzellenscharf beantragt werden.

Dass gegen die Aufstellung (hier nun Änderung) des Bebauungsplans aus forstbehördlicher Sicht grundsätzlich keine Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Der Bebauungsplan Nr. 9 betrifft bestehenden Wirtschaftswald, Vorwald und Waldränder, die gerodet werden müssen. Da die Satzung eines Bebauungsplanes keine Konzentrationswirkung gegenüber dem LWaldG entfaltet, sind vor Realisierung der baulichen Maßnahmen daher beim Forstamt Bitburg entsprechende parzellenscharfe Anträge auf Genehmigung der Waldumwandlung nach § 14 (1) Nr. 1 LWaldG zu stellen. Forstliche Details werden im nachfolgenden forstrechtlichen Genehmigungsverfahren geklärt werden (waldrechtlicher Ausgleich etc.).



Dass zu einem späteren Zeitpunkt eine Umwandlungsgenehmigung erforderlich wird, die vor Umsetzung der Baugenehmigung beim zuständigen Forstamt parzellenscharf beantragt werden muss, wird zur Kenntnis genommen.

2. Waldrechtlicher Ausgleich nach § 14 (2) LWaldG:

Nach § 1 Abs. 1 LWaldG besteht das gesetzliche Gebot der Walderhaltung. Der Wald ist in der Gesamtheit und Gleichwertigkeit seiner Wirkungen dauerhaft zu erhalten, zu schützen und erforderlichenfalls zu mehrten. Die Wirkungen des Waldes bestehen in seinem wirtschaftlichen Nutzen (Nutzwirkung), seinem Beitrag für die Umwelt, insbesondere für die nachhaltige Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, die Erhaltung der Genressourcen und das Landschaftsbild (Schutzwirkung) sowie seinem Beitrag für die Erholung (Erholungswirkung) und ist Lebensraum einer vielfältigen Pflanzen- und Tierwelt. Aus diesem Rechtsgrundsatz ergibt sich das gesetzliche Gebot der

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>Walderhaltung, d.h. dass für alle unvermeidbaren Waldinanspruchnahmen eine flächengleiche Ersatzaufforstung zu fordern ist, da das Roden von Wald als Eingriff nach § 14 BNatSchG zu werten ist.</p> <p>Unter Bezug auf das gesetzliche Walderhaltungsgebot im § 1 (1) LWaldG in Verbindung mit den §§ 5, 6 und 14 (2) LWaldG müssen die multifunktionalen Wirkungen und Leistungen des Waldes ersetzt bzw. wiederhergestellt werden.</p> <p>Nach der statistischen Erfassung der Waldanteile der Kreise hat der Eifelkreis ein Waldprozent von 34,6 — ist als also waldarm (< 35 %) einzustufen. Nach § 14 (2) LWaldG kann daher der waldrechtliche Ausgleich nur in Form von flächengleichen Ersatzaufforstungen erfolgen.</p> <p>Auf der Fläche des ehemaligen Flughafengeländes sind keine Möglichkeiten vorhanden, entsprechende flächige Ersatzaufforstungen durchzuführen. Es müssen daher externe Kompensationsflächen für den waldrechtlichen Ausgleich herangezogen werden.</p> <p>Auf folgenden Flächen sollen externe Kompensationsmaßnahmen durchgeführt werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bedhard: Gemarkung Bitburg, Flur 12, Flurstück 9 / 11 2. Altholzflächen Matzen: Gemarkung Matzen, Flur 3, Flurstück 24 (Südfläche-Heiligenbach); Gemarkung Matzen, Flur 3, Flurstück 24 (Nordflächen — Klammersgraben); Gemarkung Matzen, Flur 2, Flurstück 111 (Dalsgraben); 3. Merlick-Fläche : Gemarkung Bitburg, Flur 8, Nr. 162/66 4. Mötscher Flurflächen: Gemarkung Mötsch, Flur 2, Flurstück 126/1; Gemarkung Mötsch, Flur 2, Flurstück 107 5. Gemarkung Rittersdorf, Flur 11, Flurstück 58 (Stadt Bitburg — Abteilung 48) <p>1. Bedhard:</p> <p>Im Bereich Bedhard sind sieben Maßnahmen geplant:</p>	<p>Der Hinweis auf das gesetzliche Gebot der Walderhaltung wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die letztlich durchzuführenden Kompensationsmaßnahmen sind im Umweltbericht dokumentiert. Sie</p>
---	--

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>M1: Entsiegelung / wassergebundene Straßendecke (0,2 ha) M2: Entsiegelung (0,4 ha) M3: Schutz der Altbaumbestände nach dem BAT-Konzept (0,8 ha) Die Maßnahmenfläche beinhaltet Biotopbaumgruppen alter Buchen und Eichen. Diese werden nach dem ‚BAT-Konzept‘ erhalten bzw. entwickelt. Demnach werden innerhalb der Maßnahmenfläche 10 Bäume zu einer Biotopbaumgruppe zusammengefasst. M4: Sukzession von Offenland (0,1 ha) M5: Aufwertung des Stillgewässers (0,01 ha) M6: Anlage von Kleingewässern (0,13 ha) M7: Initialpflanzung Eichen-Mischwald (1,47 ha)</p> <p>Die Maßnahmenfläche ist derzeit eine Offenlandfläche, die durch entsprechende Pflanzung in einen naturnahen Eichen-Buchenwald entwickelt werden soll. In der Kompensationsfläche ist deshalb eine Pflanzung von <i>Quercus petraea</i> (Trauben-Eiche) und <i>Fagus sylvatica</i> (Rotbuche) in Kleinstgruppen mit der Seitenlänge 7 m x 7 m (forstlich sogenannten ‚Klumpen‘) zu vollziehen, die in einem Verband von ca. 1 m x 1 m um den Klumpenmittelpunkt gepflanzt werden. Der Abstand der Klumpenmittelpunkte soll 12 x 12 m betragen. In den Folgejahren sind einfliegende Nadelbäume, mit Ausnahme der Kiefer, zu entnehmen.</p> <p>Forstliche Bewertung der Maßnahme M 7:</p> <p>Potentiell natürliche Waldgesellschaft ist auf dem Keuper geprägten Standort der Eichen-Hainbuchenwald. Eine Buchenpflanzung mit dem Ziel einen Eichenwald zu entwickeln, kommt hier nicht in Betracht. Als Schattbaumart verträgt sie die Freiflächenbegründung (ohne Vorwald) nicht und ist auf diesem Standort im Wachstum der Eiche gegenüber dominant und überlegen. Eine dienende Funktion der Buche scheidet daher aus. Dies ist insbesondere von Nachteil bei einer Begründung eines Eichen-Buchen- Mischwaldes mittels Klumpen, da die vorwüchsige Buche stets zurückgedrängt werden müsste, um die Lichtbaumart Eiche in ihrer Entwicklung nicht zu gefährden.</p>	<p>weichen aufgrund aktueller Erkenntnisse teilweise von den Flächen ab, die vom Forstamt benannt wurden. Der Ausgleich ist jedoch sichergestellt.</p> <p>Die entsprechenden Maßnahmen wurden im aktuell vorliegenden Plan entsprechend den tatsächlichen Möglichkeiten angepasst. Die Stellungnahme aus dem Jahr 2019 ist daher in Teilen veraltet.</p>
---	--

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Um das Ziel eines eichengeprägten Waldentwicklungsziels anzusteuern, fordern wir eine Aufforstung mit Traubeneichen vorzunehmen, die in Reihe mit dienenden Baumarten (z.B. Hainbuche) gepflanzt werden soll. Dabei soll eine Pflanzenzahl von 5000/ha inkl. der dienenden Holzart nicht unterschritten werden. Der Pflanzabstand bei der Reihenspflanzung sollte 2m x 1 m betragen. Alternativ könnte auf einem Teil der Fläche 20% horstweise (Durchmesser 60 m) auch Weißtanne (*Abies alba*) gepflanzt werden. Die horstweise Einbringung von Weißtannen bedarf Schutzmaßnahmen gegen Wild (z.B. durch Kleinzäune), bei der Eichenkultur ist ein Flächenzaun vorzusehen. Zudem ist eine Waldinnenrandgestaltung mit standortgerechten Straucharten zu entwickeln, um dem Artenschutz durch spezielle Lebensraumbedingungen und der Insektenvielfalt zu dienen. Da es sich dabei um eine Erstaufforstung handelt, ist ein entsprechender Aufforstungsantrag nach § 14 (1) Nr. 2 LWaldG beim Forstamt Bitburg zu stellen. Wenn die Maßnahme so umgesetzt würde, könnten wir diese als echten waldrechtlichen Ausgleich nach § 14 (2) LWaldG anerkennen.

2. Altholzflächen Matzen

M1: Ausweisung von Waldrefugien (2,92 ha)

In den Kompensationsflächen erfolgt eine (dauerhafte) Ausweisung von Waldrefugien in Anlehnung an ‚BAT-Konzept‘. Dabei sollen vorhandene Laubbäume dauerhaft von einer forstlichen Nutzung ausgenommen werden. Die Grenzen der Kompensationsflächen werden im Gelände nicht dauerhaft markiert / eingemessen. Das Entfernen von Bäumen aus Gründen der Wasserwirtschaft oder zur Herstellung der Verkehrssicherheit ist aus übergeordneten Gründen dauerhaft möglich.

Forstliche Bewertung der Maßnahme M 1:

Die Kriterien und Mindestanforderungen, die ein Waldrefugium gem. BAT-Konzept zu erfüllen hat, sind klar definiert. Daher sollte der Begriff nur verwendet werden, wenn das genau beabsichtigt wird. Die ausgewählten Flächen entsprechen den Anforderungen an ein Waldrefugium gem. BAT-Konzept nicht und die Begriffsverwendung ist daher irreführend. Es sollte daher besser von "Altholzinseln" gesprochen werden.

Die forstlichen Bewertungen werden zur Kenntnis genommen, jedoch wurde die Planung zwischenzeitlich verändert / aktualisiert.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Eine finale Abstimmung über die Auswahl der Altholzinseln mit dem zuständigen Revierleiter und den Gemeinden ist bislang nicht erfolgt. Allein das Planungsbüro hat die Flächenauswahl getroffen. Der Waldeigentümer hat bisher seine Zustimmung dazu nicht erteilt.

M2: Umwandlung des Fichtenbestandes in einen Buchenwald (0,39 ha)

Aus den derzeit vorhandenen Fichtenwaldbeständen in der Fläche Gemarkung Matzen, Flur 3, Flurstück 24 (Südfläche) soll ein Buchenwald entwickelt werden. Hierzu erfolgt ein einzelstammweiser Nadelholzabtrieb in einem Zeitraum von 10 Jahren. Dabei ist eine natürliche Eigenentwicklung von Gemeine Esche, Vogelkirsche, Bergahorn zu erwarten. Darüber hinaus, erfolgt ergänzend eine ‚Klumpenpflanzung‘ von Buchen. In den Folgejahren sind einfliegende Nadelbäume zu entnehmen. Letztlich soll ein langfristiges Einbeziehen in ein umgebendes Waldrefugium erzielt werden.

Forstliche Bewertung der Maßnahme M2 Umwandlung Fichtenbestand:

Einer sukzessiven Zurücknahme der Fichte und eine Pflanzung mit Buchenklumpen zur langfristigen Entwicklung hin zu einem Buchenwald wird begrüßt. Zudem soll eine Anreicherung der Baumartenvielfalt mit Elsbeere und Speierling erfolgen. Sofern sich nicht innerhalb von 3 Jahren eine ausreichende Naturverjüngung von Vogelkirsche und Bergahorn einstellt, soll eine Pflanzung bzw. Ergänzungspflanzung der beiden Baumarten erfolgen. Sich entwickelnde Eschen sind aufgrund des Eschentriebsterbens zu entfernen. Naturverjüngung von Nadelbäumen wird, sofern sie die Entwicklung der Laubhölzer nicht behindert, übernommen.

3. Mötscher Flurflächen und 4. Merlick —Fläche:

M1: Extensiv-Grünland (2,2 ha)

M2: Anlage von Uferrandstreifen (entlang dem ‚Paffenbach‘) (0,34 ha)

M3: Randliche Gehölzbepflanzung (0,18. ha)

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒**M4: Extensiv-Wiese mit Gehölzpflanzung (0,86 ha)**

Es ist eine extensiv genutzte Wiese mit parkartiger, lockerer Laubbaumbepflanzung anzulegen und dauerhaft zu erhalten. Der Pflanzabstand der Einzelbäume untereinander und gegenüber sonstigen Gehölzen hat hierbei jeweils mindestens 10 m zu betragen. Die gepflanzten Bäume sind bei Abgang in der nächsten Pflanzperiode durch Nachpflanzung gleichartig zu ersetzen. Die Wiese ist mindestens einmal jährlich zu mähen. Der früheste jährliche Mahdtermin ist jeweils der 15. Juni. Anfallendes Mahdgut ist abzutransportieren und nicht in den Flächen zu belassen. Das Einbringen von Düngemitteln aller Art ist ausgeschlossen. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sowie das Walzen und Eggen der Flächen sind generell unzulässig.

Forstliche Bewertung der Maßnahmen M3 und M 4:

Anstatt einer parkähnlichen Laubbaumanlage könnte hier eine flächige Aufforstung mit standortgerechtem Laubmischwald erfolgen. Dies könnten das Forstamt als forstrechtlichen Ausgleich nach § 14 (2) LWaldG anerkennen.

5. Gemarkung Rittersdorf, Flur 11, Flurstück 58 (Stadt Bitburg — Abteilung 48)

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Da der Eifelkreis zu den waldarmen Landkreisen gehört, muss diese Maßnahme wegfallen, da wir nach § 14 (2) LWaldG eine flächengleiche Ersatzaufforstung auf aufforstungsfähigen Flächen verlangen und nicht waldverbessernde Maßnahmen im Wald.

3. Sicherheitsabstand zum bestehenden Wald

Im nordwestlichen Bereich des Bebauungsplanes grenzt das Plangebiet an bestehenden Wald an. Eine spätere Bebauung sollte hier grundsätzlich einen Mindestabstand zu bestehendem Wald von einer standörtlich bedingten Baumlänge einhalten, um spätere Probleme mit einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung des Waldes und womöglich drohender Schäden ausschließen zu können. Vor diesem Hintergrund wird generell zunächst auf das Urteil 8 A 11822/16 des Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz vom 24.05.2017 verwiesen, das dezidierte Aussagen auch zur Anwendbarkeit der baupolizeilichen Generalklausel des § 3 Abs. 1 LBauO wegen Baumwurfgefahr bei einem an einen Wald heranrückenden Bauvorhaben trifft. § 3 Abs. 1 LBauO bestimmt: „Bauliche Anlagen (...) sind so (...) zu errichten (...), dass sie die öffentliche Sicherheit oder Ordnung sowie die natürlichen Lebensgrundlagen nicht gefährden“.

Mit dem vorrangigen Ziel des Schutzes von Bewohnern und Gebäuden vor Baumwurfgefahren nimmt das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in seinem oben genannten Urteil einen Mindestabstand von 25 m als Richtwert an, der sich im Einzelfall verringern oder vergrößern kann.

Von daher empfiehlt das Forstamt Bitburg im Zuge einer ersten Gefahren-Einschätzung auf Ebene einer Bauvoranfrage der Bauaufsichtsbehörde, entweder von vorneherein einen Mindestabstand im Anhalt an den OVG-Richtwert zu bestimmen oder diesen durch ein von der Bauverwaltung oder dem Antragsteller zu veranlassendes Sachverständigengutachten bezogen auf den vorliegenden Fall weiter konkretisieren zu lassen.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Wir empfehlen, dass der Abschluss einer Haftungsverzichtserklärung zugunsten der angrenzenden Waldbesitzenden mit den jeweiligen Grundstückseigentümern abgeschlossen werden sollte.

4. Umweltbericht und Fachbeitrag Naturschutz

Um die Belange des Umweltschutzes zur berücksichtigen, ist grundsätzlich im Rahmen der Bauleitplanung eine förmliche Umweltprüfung in Form des Umweltberichts zu erstellen.

Auf Grundlage der Eingriffs- und Ausgleichbilanzierung werden Flächen auch für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft im Bebauungsplangebiet zur dauerhaften Erhaltung ausgewiesen.

Auf dem nordwestlichen Teil des Bebauungsplangebietes befinden sich zwei Waldflächen, die als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft erhalten bzw. erweitert werden sollen:



Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

M 1: zusätzliche Fläche für Wald; Fläche mit der Zweckbestimmung Umbau in naturnahen Wald

In der Umgebung der festgesetzten Waldflächen befinden sich Nadelwaldstrukturen, die durch ihren sukzessiven Umbau in naturnahen Wald eine Verbesserung der Funktionen der vorhandenen Waldflächen bewirken werden. Unterstützt werden dadurch auch die artenschutzrechtlichen Belange aufgrund eines vorhandenen Horstbaumes des Mäusebussards.

M2:
zusätzliche Fläche für Wald, Fläche mit der Zweckbestimmung naturnahe Waldsukzession

Ebenfalls für die gewerblich-industrielle Entwicklung nur mit hohem Aufwand zu erschließende Bereiche in der Umgebung der Waldflächen werden zur Sukzession und damit zur Entwicklung ergänzender Waldflächen zur Verfügung gestellt. Insgesamt wird durch die verschiedenen Festsetzungen in der Umgebung des vorhandenen und zu erhaltenden Waldes konzentriert die Aufwertung von Flächen erwirkt. Dieser Vorgehensweise wird der Vorzug gegenüber der Verteilung von kleineren Maßnahmen im gesamten Plangebiet gegeben.

Forstliche Bewertung zu M2:

Für die Festsetzung der Maßnahme M2 im Bebauungsplan fordern wir im Sinne des zügigen Aufbaus klimastabiler Wälder, eine aktive Aufforstung von multifunktionalem Wald in Form eines stabilen Laub-Nadelmischwaldes mit einer Eichen-Buchen-Grundmatrix unter Beimischung von Tanne vorzunehmen. Einer Sukzession zu Wald stimmen wir nicht zu. Vorhandene Horstbäume sind zu erhalten. Auf einen ausreichenden Abstand des Waldes zur Bebauung (eine Baumlänge) ist zu achten. Zudem sollte in diesem Bereich durch eine Waldrandgestaltung mit mindestens 3 standortgerechten Straucharten und einzelnen Vogelkirschen Lebensräume geschaffen werden, die der Biodiversität und Artenvielfalt dienen.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Diese Aufforstungsmaßnahme auf der Fläche M 2 könnten wir dann auch als waldrechtlichen Ausgleich nach § 14 (2) LWaldG anrechnen.

Vor Beginn der Umsetzung der Maßnahme M 2 ist ein Antrag auf Erstaufforstung nach § 14 (1) Nr. 2 LWaldG beim Forstamt Bitburg zu stellen. Forstliche Details wie Sicherstellung einer stabilen Aufforstung etc. werden im forstrechtlichen Genehmigungsverfahren geklärt werden.

5. Textliche Festsetzungen Stand: 19.07.2019

Auf den Seiten 8 und 9 wird die Maßnahme M 2 noch als Wiesenextensivierung beschrieben. Im Übersichtsplan der Offenlage ist die Maßnahme M 2 ebenfalls als Wiesenextensivierung beschrieben.

Dies widerspricht der Maßnahme M 2 in der Begründung. Wir bitten dies abzuändern.

6. Erhaltung bzw. Entwicklung von Schutzwald:

Künftig sollen innerhalb der Kompensationsflächen

- der Erhalt des Bodenschutzwaldes
- die Entwicklung von Naturwald / Biotopschutzwald
- der Erhalt des Lärmschutzwaldes

dargestellt werden, was aus forstfachlicher Sicht sehr zu begrüßen wäre. Bei der derzeitigen Bezeichnung Bodenschutzwald, Biotopschutzwald, Lärmschutzwald etc. handelt es sich um zugeordnete Wirkungen der Wälder, die aus der Waldfunktionenkartierung stammen. Die Bezeichnung Schutzwald ist irreführend und nicht korrekt. Impliziert sie doch die Ausweisung als eine Schutzwaldfläche nach § 16 LWaldG, was nur durch die obere Forstbehörde mit Erlass einer Rechtsverordnung erfolgen kann. Dies ist hier aber hier nicht der Fall. Die Bezeichnung der Waldflächen im Bereich der Kompensationsflächen sollte dagegen richtigerweise als „Waldflächen mit

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

lokaler Klimaschutz-, Lärmschutz- oder Biotopschutzfunktion" erfolgen. Wir bitten dies entsprechend zu berücksichtigen.

7. UVPG:

Die Durchführung einer obligaten Umweltverträglichkeitsprüfung halten wir für dieses Bauleitverfahren für nicht erforderlich.

8. Mitwirkungsgebühr:

Für die Mitwirkung der Forstbehörden an diesem Genehmigungsverfahren erlauben wir uns, eine Gebühr in Höhe von

1168,08 Euro

nach der anhängenden Tabelle zu erheben.

Wir bitten um Überweisung unter Verwendung der Rechnungsnummer innerhalb von 4 Wochen nach Rechnungszugang unter Angabe der Rechnungsnummer 009-90-0004-2019 auf das Konto von Landesforsten RLP bei der Landesbank Ba-Wü/R-P:

Konto-Inhaber: Bank:

Konto-Nr.: BIC/Swift-Code: IBAN-Code: Landesbetrieb Landesforsten R-P

Landesbank Baden-Württemberg/Rheinland-Pfalz

600 501 01

SOLADESTXXX

DE83 6005 0101 7401 5162 44

Die obere Forstbehörde, die Zentralstelle der Forstverwaltung in Neustadt/Weinstraße, erhält Durchschrift dieser Stellungnahme. Von der ZdF ergeht keine eigene Stellungnahme mehr.“

Der Hinweis, dass eine UVP für nicht erforderlich gehalten wird, wird zur Kenntnis genommen.

Der Gebührenhinweis wird zur Kenntnis genommen. Nach Eingang der Stellungnahme aus dem Jahr 2019 wurde jedoch festgestellt, dass der Zweckverband Flugplatz Bitburg von der Gebühr befreit ist

Offenlage: <input type="checkbox"/>	Erneute Offenlage: <input checked="" type="checkbox"/>
-------------------------------------	--

AZ.: 63 - 310		Rechnungsnummer: 009-90-0004-2019			
Berechnung der Gebühren nach Zeitaufwand					
Anwendung bei der Mitwirkung von gebührenpflichtigen Genehmigungsverfahren, Erlaubnissen und Bewilligungen					
1. Gebühr der forstrechtlichen Entscheidung entsprechend dem Zeitaufwand				EURO	
<u>Rechtliche Grundlage:</u> LVO Gebühren des Landesbetriebes "Landesforsten R-P" Besonderes Gebührenverzeichnis vom 19.06.2013 [GVBl. Nr. 11 vom 12.06.2013, S. 266], zuletzt geändert durch LVO vom 15.02.2019 [GVBl. Nr. 3 vom 14.03.19, S. 24], Ziffer 2.5.4 sonstige Verfahren Ziffer 2.5.4 Mitwirkung als zuständige Forstbehörde bei gebührenpflichtigen Genehmigungsverfahren, Erlaubnissen, Bewilligungen sonstige Verfahren LVO über die Gebühren für Amtshandlungen allgemeiner Art (Allgemeines Gebührenverzeichnis) vom 08.11.2007 [GVBl. Nr. 16 S. 277], zuletzt geändert durch LVO vom 22.03.2019 [GVBl. Nr. 4 vom 29.03.2019, S. 31]					
Gebühr nach Zeitaufwand: 10,0 Std. x 2,0 Std. x	102,80 Euro/ Viertes Einstiegsamt 70,04 Euro/ Drittes Einstiegsamt	1028,00 140,08	EURO EURO		
Verwaltungsgebühr insgesamt:		1168,08	EURO		

Kein Beschluss erforderlich.

Nr. 14 Fernleitungs- und Betriebsgesellschaft mbH, Hohlstraße 12, 55743 Idar-Oberstein – Schreiben vom 21.07.2023	Zu Nr. 14
<p>„...zuständigkeitshalber haben wir Ihre Anfrage an folgende Dienststelle zur Beantwortung abgegeben:</p> <p>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Referat Infra I3 TÖB Fontainengraben 200 53123 Bonn. BAIUDBwToeB@bundeswehr.org“</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme vom 22.06.2023 ist unter Punkt 40 abgedruckt.</p>
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 17 Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm, Trierer Straße 1, 54634 Bitburg – Schreiben vom 10.07.2023	Zu Nr. 17
„...im Rahmen dieses Bauleitplanverfahrens haben wir bereits mehrfach Stellungnahmen abgegeben, auf die wir hiermit nochmals verweisen.	

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Nach Anhörung der betroffenen Fachämter unseres Hauses geben wir zu dem nunmehr ausliegenden und von Ihnen mit Schreiben vom 21.06.2023 übersandten Entwurf des oben genannten Bebauungsplanes für die Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm folgende zusammengefasste Stellungnahme gemäß § 4a Abs. 3 BauGB ab:

1. Bauwesen

1.1. In der Begründung (Seite 5) ist ausgeführt, dass die erneute Offenlage erfolgt, weil nunmehr auch die Planstraße B entfallen kann sowie von einer Lärmkontingentierung abgesehen wird. Zu diesen Planänderungen werden aus baurechtlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken vorgetragen. Aufgrund von bereits mehrfach abgegebenen Stellungnahmen beschränken wir uns auf die nachfolgenden Anregungen und Hinweise:

1.2. Das vorgesehene Bebauungsplangebiet kann nicht aus dem wirksamen gemeinsamen Flächennutzungsplan der Stadt Bitburg und der Verbandsgemeinde Bitburger Land entwickelt werden. Insoweit wird dem Entwicklungsgebot nach § 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB zunächst nicht entsprochen. In der Begründung ist dargelegt, dass der FNP im Zuge einer 3. Änderung entsprechend angepasst wurde. Diese 3. Änderung wurde bislang noch nicht zur Wirksamkeit geführt.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass im Parallelverfahren ein Bebauungsplan erst dann in Kraft gesetzt werden kann, wenn für den Flächennutzungsplan zumindest materielle "Planreife" eingetreten ist (vgl. Ernst-Zinkahn-Bielenberg Nr. 48 zu § 8 BauGB). Wird ein Bebauungsplan nach § 8 Abs. 3 Satz 2 BauGB vor dem Flächennutzungsplan bekannt gemacht, so bedarf er gemäß § 10 Abs. 2 BauGB der Genehmigung. Insofern empfehlen wir, den Bebauungsplan in zeitlicher Hinsicht erst nach dem FNP in Kraft zu setzen.

1.3. Laut Textfestsetzung Ziffer 1.3.1 soll die Rechtsfolge des § 19 Abs. 4 Satz 2, 3 BauNVO nur bis zu einer Überschreitung von 20 v.H. gelten. § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO zählt in diesem Zusammenhang die betreffenden baulichen Anlagen auf. Die Textfestsetzung nennt jedoch nicht alle in § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO

Der Hinweis, dass seitens der Kreisverwaltung ‚Bauwesen‘ keine grundsätzlichen Bedenken zur erneuten Offenlage vorgetragen werden, wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis, dass die 3. Änderung des FNP noch nicht zur Wirksamkeit geführt wurde, wird zur Kenntnis genommen. Die Planungshoheit für die FNP-Änderung liegt jedoch nicht beim Zweckverband, sondern bei der Stadt Bitburg und der Verbandsgemeinde Bitburger Land. Die Zweckverbandsverwaltung wird darauf hinwirken, dass die FNP-Änderung schnellstmöglich zur Wirksamkeit geführt wird.

Die Textfestsetzungen werden entsprechend der Empfehlung der Kreisverwaltung präzisiert. Hierbei handelt es sich jedoch lediglich um eine redaktionelle Anpassung.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>aufgelisteten baulichen Anlagen. Hier sollte daher ggf. eine Ergänzung erfolgen. Alternativ ist klarzustellen, dass die weiteren baulichen Anlagen nicht unter die Überschreitungsmöglichkeit gefasst werden.</p> <p>1.4. Zur Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen (Textfestsetzung 1.3.2) wird die „Höhenlage der Gradienten der angrenzenden erschließenden Verkehrsfläche“ herangezogen. Zum besseren Verständnis und zur Veranschaulichung empfehlen wir eine nähere Erläuterung sowie ggf. ein Schaubild in der Begründung. Gegenstand dieser Änderung ist insbesondere, dass weitere Erschließungsstraßen weggefallen sind. Wir weisen darauf hin, dass aufgrund der sehr großräumigen Grundstücke und zwischenzeitlich nur noch einer Erschließungsstraße hier ggf. Auslegungsschwierigkeiten zur Ermittlung des unteren Bezugspunktes entstehen können (z.B. auch im nordwestlichen Teil des Geltungsbereiches hinter dem festgesetzten Grünstreifen). Der Zweckverband sollte prüfen, ob hier nicht auf andere Weise die Höhe baulicher Anlagen definiert werden kann.</p> <p>1.5. In den Hinweisen sollte ergänzt werden, dass im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren entsprechende Gutachten zur Einhaltung des Immissionsschutzes vorzulegen sind.</p> <p>2. Naturschutz und Landschaftspflege</p> <p>2.1. Gegenüber der „erneuten Offenlage“, zu der wir im Verfahren 2019 Stellung genommen hatten, hat sich in Bezug auf Naturschutzbelange insbesondere die vorgesehene externe Kompensation in Bezug auf den Teilbereich „Bedhard“ verändert: Diese Teilkompensationsfläche wurde zugunsten von Kompensationsflächen auf dem „Mohrweiler Plateau“ (ca. 3,3 ha Wiesenextensivierung) aufgegeben. Dies wird aus Sicht der UNB mitgetragen.</p> <p>2.2. In Bezug auf die Teilkompensationsfläche Gemarkung Bitburg, Flur 8, Nr. 162/66 weisen wir darauf hin, dass ein Baugenehmigungsverfahren zur</p>	<p>Die textlichen Festsetzungen werden entsprechend angepasst oder um ein Schaubild in der Begründung ergänzt.</p> <p>Es erfolgt eine Prüfung, inwieweit die Höhe der baulichen Anlagen anderweitig definiert werden kann, ohne sie inhaltlich zu verändern. Dabei handelt es sich lediglich um eine redaktionelle Anpassung.</p> <p>Die Hinweise zu den textlichen Festsetzungen werden entsprechend ergänzt.</p> <p>Der Hinweis, dass die Veränderung der Kompensationsflächen seitens der UNB mitgetragen wird, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.</p>
--	--

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>Errichtung eines Funkmastes auf diesem Flurstück anhängig ist, das für Technikanlagen und Mastfußumpflanzung eine Teilfläche beanspruchen wird. Wir bitten, dies zu berücksichtigen.</p>	
<p>2.3. Die artenschutzfachlichen Aussagen gründen entsprechend der Angaben auf einem separaten Faunistischen Gutachten. Wir weisen darauf hin, dass dieses Gutachten von 2014 datiert und unklar bleibt, ob in den vergangenen Jahren nicht bereits Veränderungen erfolgt sind oder unmittelbar bevorstehen, die eine Modifizierung der Einschätzungen erfordern. Insbesondere bitten wir um Überprüfung, ob die Aussagen zu einem möglichen Ausweichen faunistischer Vorkommen (Vögel, Fledermäuse) in „angrenzende Brachflächen“ und „gleichartige Lebensräume im unmittelbaren Umfeld des Plangebiets“ aktuell noch zutreffend sind (Veränderung z. B. Bebauung von 50 ha Flugfeld in direkter Nähe).</p>	<p>Zwar stammt das besagte Gutachten aus dem Jahr 2014, allerdings wurde der Bebauungsplan zwischenzeitlich im Wesentlichen nur dahingehend geändert, dass Erschließungsstraßen entfallen sind. Im Umweltbericht wird nochmals darauf eingegangen, ob Anhaltspunkte dafür bestehen, dass eine Veränderung der Situation stattgefunden haben könnte.</p>
<p>2.4. Die Biotop- und Nutzungstypen wurden entsprechend Karte 2014 im Plangebiet erfasst. Die gesetzliche Unterschutzstellung bestimmter Grünlandausprägungen kam erst 2015 im Landesnaturschutzgesetz/ 2021 im BNatSchG. In den Unterlagen fehlt eine Aussage, ob im Plangebiet aktuell gesetzlich geschütztes Magergrünland vorkommt oder nicht. Dies ist zu ergänzen. Beim Vorkommen von gesetzlich geschütztem Grünland wäre, unabhängig von der Bebauungsplanung, eine naturschutzrechtliche Ausnahme/ ggf. Befreiung erforderlich.</p>	<p>Die Aussage hinsichtlich des Magergrünlands wird ergänzt. Nach aktuellen Erkenntnissen ist dieses im Plangebiet jedoch nicht vorhanden. Eine naturschutzrechtliche Ausnahme oder Befreiung ist daher nicht erforderlich.</p>
<p>2.5. Unter Festsetzung 1.7.4 ist festgesetzt: „Die Maßnahmen zur ‚Inneren Durchgrünung der privaten Baugrundstücke‘ (Punkt 1.7.4)...“. Es ist unklar, was mit diesem Verweis auf denselben Punkt gemeint ist. Dies ist zu korrigieren.</p>	<p>Die Festsetzung unter Punkt 1.7.4 wird entsprechend präzisiert.</p>
<p>2.6. Unter Festsetzung 1.7.4 zur zeitlichen Umsetzung landespflegerischer Maßnahmen fehlt eine zeitliche Festlegung zu Maßnahme A 2. Dies ist zu ergänzen.</p>	<p>Dto.</p>

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>2.7. Entsprechend Umweltbericht (S. 8/9) sind artenschutzrechtliche Konflikte u. a. dadurch zu vermeiden, dass generell keine Baumaßnahmen in der Zeit zwischen Anfang März und Mitte Juli erfolgen. Diese Vorgabe ist als Maßnahme zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft in die Festsetzungen zu übernehmen.</p> <p>2.8. In der Karte zum Umweltbericht „Externe Kompensation Wälder in Matzen“ ist als von Maßnahmen betroffene Fläche „Gem. Matzen, Flur 3, Flurstück 24, Nordflächen, Klambertsgraben“ angegeben. Tatsächlich ist in diesem Teilbereich aber auch in mindestens ebenso großem Flächenumfang Gem. Matzen, Flur 3, Flurstück 12 von den Maßnahmen betroffen. Dies ist in der Teilkartenüberschrift zu ergänzen.</p> <p>2.9. Hinweis: Mit Inkrafttreten der Satzung müssen vom Träger der Bauleitplanung oder durch einen von ihm beauftragten Dritten die Angaben nach § 3 Abs. 1 und 2 LKompVzVO zu Eingriff und Kompensation im digitalen Kompensationsverzeichnis des Landes (KSP) unter Beachtung der elektronischen Vorgaben nach § 6 entsprechend der Vorgaben der Landeskompensationsverzeichnisverordnung (LKompVzVO) vom 12.06.2018 (GVBl. S. 158) bereitgestellt und damit der Eintragungsstelle übermittelt werden.</p> <p>Begründung: Nach § 4 Abs. 5 Landeskompensationsverzeichnisverordnung sollen die Beteiligten des Eintragsverfahrens auf ihre Pflicht zur Beibringung der eintragungspflichtigen Angaben frühzeitig schriftlich hingewiesen werden. Diese Pflicht resultiert aus § 4 Abs. 1 LKompVz- VO in Verbindung mit § 10 Abs. 1 LNatSchG, wonach die Träger der Bauleitplanung alle erforderlichen Angaben digital zur Verfügung stellen müssen.</p> <p>2.10. Sicherung externer Kompensationsflächen und –maßnahmen</p>	<p>Die Aussage wird in die textlichen Festsetzungen übernommen.</p> <p>Die Teilkartenüberschrift wird entsprechend ergänzt.</p> <p>Der Hinweis auf das LKompVzVO wird zur Kenntnis genommen.</p>
---	--

Offenlage: <input type="checkbox"/>	Erneute Offenlage: <input checked="" type="checkbox"/>
-------------------------------------	--

<p>Entsprechend Textfestsetzung Nr. 3 sind externe Kompensationsmaßnahmen an 5 verschiedenen Stellen auf den 5 (6) Gemarkungen „Mötsch“, „Matzen“, „Rittersdorf“, Bitburg“ und „Malberg/ Kyllburg“ vorgesehen. Diese Maßnahmenflächen sind in unterschiedlichem Eigentum (unserer Kenntnis nach: Stadt Bitburg, Zweckverband Flugplatz Bitburg, BIMA).</p> <p>Die Maßnahmendurchführung auf diesen externen Flächen soll entsprechend der Angaben über einen Städtebaulichen Vertrag zwischen Planungsträger und Eifelkreis, untere Naturschutzbehörde, sichergestellt werden. Wir empfehlen eine frühzeitige Abstimmung und weisen vorsorglich darauf hin, dass ein entsprechender Vertragsabschluss vor Erreichen des sogenannten „33er-Standes“ nach Baugesetzbuch (Vorzeitige Planreife) erfolgen sollte.</p> <p>Grundvoraussetzung, dass die Maßnahmenumsetzung auf Dauer gewährleistet werden kann, ist die dauerhafte Verfügbarkeit der erforderlichen Flächen. Dementsprechend ist die dauerhafte Flächenverfügbarkeit der externen Kompensationsflächen für diese Zweckbestimmung sicherzustellen und nachzuweisen. Dies hat durch Eintrag einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit zugunsten des Planungsträgers (sofern dieser nicht Eigentümer ist) und, sinnvollerweise, des Eifelkreises Bitburg-Prüm, untere Naturschutzbehörde, als Gesamtberechtigte zu erfolgen.</p> <p>3. Raumordnung und Landesplanung</p> <p>3.1. Gegen den Bebauungsplan und seine geplanten Festsetzungen bestehen aus Sicht der Raumordnung und Landesplanung keine Bedenken. Belange der Landesplanung sind durch die nun vorgesehenen Änderungen des Bebauungsplanes nicht betroffen.</p> <p>4. Sonstiges</p>	<p>Die Hinweise zur Maßnahmendurchführung werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dass seitens der Raumordnung und Landesplanung keine Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	--

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

4.1.	Wir bitten Sie, die vorstehenden Anregungen und Hinweise im weiteren Verfahren, insbesondere im Rahmen der erforderlichen Abwägung der öffentlichen und privaten Belange, zu beachten und zu berücksichtigen.	Die Anregungen und Hinweise werden im Zuge der Abwägung behandelt. Maßgeblich für die Berücksichtigung / Nichtberücksichtigung ist das jeweilige Abwägungsergebnis.
4.2.	Zur Vermeidung unnötiger Verzögerungen im weiteren Verfahren bitten wir darauf zu achten, dass die im Rahmen der Abwägung gefassten Beschlüsse vollständig in den Planunterlagen umgesetzt werden.	
4.3.	Nach Inkrafttreten der Satzung bitten wir Sie, uns eine Mehrausfertigung der Urkunde in analoger sowie digitaler Form zu übersenden.“	

Beschluss: Die Hinweise der Kreisverwaltung werden zur Kenntnis genommen. Gemäß obenstehender Kommentierung werden die textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan und die Begründung entsprechend angepasst / präzisiert. Da es sich lediglich um redaktionelle Korrekturen handelt, die die Grundzüge der Planung nicht berühren, ist eine erneute Offenlage nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung

Nr. 19 Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Landesarchäologie, Weimarer Allee 1, 54290 Trier – Schreiben vom 25.07.2023	Zu Nr. 19
<p>„...in dem angegebenen Planungsbereich sind der GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier bislang keine archäologischen Fundstellen bekannt bzw. archäologische Fundstellen sind durch die Planung nicht in ihrem Bestand gefährdet. Daher haben wir keine Bedenken gegen die Planung.</p> <p>Grundsätzlich sei darauf verwiesen, dass eine Anzeige-, Erhaltungs- und Ablieferungspflicht für archäologische Funde bzw. Befunde besteht (§§ 16–19 DSchG RLP).</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein Hinweis auf die Anzeige-, Erhaltungs- und Ablieferungspflicht ist bereits in den textlichen Festsetzungen unter Punkt 8 „Hinweise auf sonstige zu beachtende Vorschriften und Richtlinien“ enthalten.</p>

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Diese Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf die Belange der GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier. Gesonderte Stellungnahmen der GDKE, Direktion Landesarchäologie, Erdgeschichte Koblenz, der GDKE, Landesdenkmalpflege etc. bleiben vorbehalten und sind ggf. noch einzuholen.	Die genannten Dienststellen wurden ebenfalls beteiligt.
Kein Beschluss erforderlich	

Nr. 22 Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Fachgruppe Luftverkehr, Gebäude 667C, 55483 Hahn Flughafen – Schreiben vom 28.06.2023	Zu Nr. 22
<p>„...mit Schreiben vom 21.06.2023 haben Sie uns über die Aufstellung des oben genannten Bebauungsplans informiert und uns um Stellungnahme gebeten.</p> <p>Das Bauvorhaben befindet sich innerhalb der Hindernisbegrenzungsfläche des Sonderlandeplatzes Bitburg im Sinne der „Gemeinsame Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb (NfL I 92/13)“.</p> <p>Aus luftrechtlicher Sicht bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen die Ausweisung des Bauvorhabens in der vorgelegten Fassung, wenn die Hindernisbegrenzungsfläche nicht berührt werden.</p> <p>Der Einsatz von mobilen Autokränen oder sonstigen Kränen ist erneut beim Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Fachgruppe Luftverkehr, Gebäude 890, 55483 Hahn-Flughafen zu beantragen. Aufgrund der möglicherweise erforderlichen Beteiligung weiterer Behörden bitten wir um frühzeitige Antragstellung, mindestens 10 Werktage vor dem geplanten Kraneinsatz.“</p>	<p>Der Hinweis, dass keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Planung bestehen, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die weitergehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
Kein Beschluss erforderlich.	

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Nr. 23 Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, Dienststelle Trier, Gartenfeldstraße 12 a, 54295 Trier– Schreiben vom 26.07.2023	Zu Nr. 23
„...gegen die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 „B-Shelterbereich“ bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken.“	Der Hinweis, dass aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken gegen die Änderung des Bebauungsplans bestehen, wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 25 LBB-Niederlassung Trier, Postfach 3410, 54224 Trier– Schreiben vom 11.07.2022	Zu Nr. 25
„...die LBB Niederlassung Trier hat den Auftrag zur Untersuchung von Altlasten und Kampfmittel in verschiedenen Bereichen des Flugplatzes Bitburg. Für weitere Informationen und den genauen Abschluss bzw. Sachstand steht Ihnen unser Projektbearbeiter für den Bereich Altlastenbeseitigung Herr Tautges Tel. 0651 2093 395 gerne zur Verfügung.“	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Auf dem Schreiben ist fälschlicherweise das Datum 11.07.2022 angegeben, es handelt sich jedoch offenkundig um den 11.07.2023.
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 28 SGD Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Deworastraße 8, 54290 Trier – Schreiben vom 25.07.2023	Zu Nr. 28
<p>„...zu dem Bebauungsplanentwurf nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Bodenschutz / Altlasten</p> <p>das o.g. Vorhaben befindet sich auf dem Gelände des ehem. US-NATO-Flugplatzes in Bitburg, der mit den Registriernummer 232 00 018 -0002 im Bodenschutzkataster geführt wird. Darüber hinaus werden unter der Registriernummer 232 00 018 – 0020 die PFAS-Kontaminationen auf dem Gelände geführt.</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Im Bereich des o.g. Vorhabens sind folgende Teilflächen/Nutzungseinheiten erfasst, die derzeit nicht abschließend bearbeitet sind:

Reg.Nummer	Bezeichnung	Bewertung
232 00 018 – 0002 / 326	Treibstoffdepot Geb. 496, US-NATO-Flugplatz Bitburg (Flugplatzgelände)	Altstandort, altlastverdächtig (in Bearbeitung) (ASO av) (2)
232 00 018 – 0002 / 337	ehem. Triebwerkprüfstand westlich Geb. 427, US-NATO-Flugplatz Bitburg (Flugplatzgelände)	Altstandort, hinreichend altlastverdächtig (in Bearbeitung) (ASO hv)
232 00 018 – 0002 / 354	Flugzeugshelter 4037, US-NATO-Flugplatz Bitburg (Flugplatzgelände)	Altstandort, altlastverdächtig (in Bearbeitung) (ASO av) (2)
232 00 018 – 0002 / 357	Wartungsgebäude 474 für Waffensysteme, US-NATO-Flugplatz Bitburg (Flugplatzgelände)	Altstandort, altlastverdächtig (in Bearbeitung) (ASO av) (2)
232 00 018 – 0002 / 367	Flugzeugshelter 4041, US-NATO-Flugplatz Bitburg (Flugplatzgelände)	Altstandort, altlastverdächtig (in Bearbeitung) (ASO av) (2)
232 00 018 – 0002 / 368	Flugzeugshelter 4042, US-NATO-Flugplatz Bitburg (Flugplatzgelände)	Altstandort, altlastverdächtig (in Bearbeitung) (ASO av) (2)
232 00 018 – 0002 / 394	ehem. Flugzeugwartungshalle 4059, US-NATO-Flugplatz Bitburg (Flugplatzgelände)	Altstandort, altlastverdächtig (in Bearbeitung) (ASO av) (2)
232 00 018 – 0002 / 400	ehem. Wartungsgebäude 437, US-NATO-Flugplatz Bitburg (Flugplatzgelände)	Altstandort, altlastverdächtig (in

Die Begründung wird an entsprechender Stelle um die Beschreibung der genannten Teilflächen/Nutzungseinheiten ergänzt. Die Tabelle wird zu diesem Zweck in der Begründung abgedruckt.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

		Bearbeitung) (ASO av) (2)	
232 00 018 – 0002 / 404	ehem. Flugzeugwartungshalle 472, US-NATO-Flugplatz Bit- burg (Flugplatzgelände)	Altstandort, altlastverdächtig (in Bearbeitung) (ASO av) (2)	
232 00 018 – 0020 / 000	Ehem. US-NATO-Flugplatz Bit- burg (PFAS-Kontamination)	Altstandort, altlastverdächtig (in Bearbeitung) (ASO av) (2)	

Hinsichtlich der PFAS-Kontamination liegen mit dem Gutachten „Flugplatz Bitburg, Shelter B-Bereich, Altlastuntersuchungen PFC, Phase II“ vom Büro für Umweltplanung Spoo & Pittner GmbH vom 14.01.2022 neue Erkenntnisse vor. Hieraus ergibt sich der Verdacht einer Altlast, die weitere Maßnahmen erforderlich macht.

Nach § 6 Abs. 1 Landesbauordnung (LBauO) dürfen Grundstücke, die mit umweltgefährdeten Stoffen belastet sind, nur bebaut werden, wenn von Ihnen keine Gefährdungen für die Umwelt, insbesondere die menschliche Gesundheit, ausgehen oder die Gefährdung nach Art der vorgesehenen Bebauung unschädlich ist.

Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes muss sichergestellt werden, dass keine Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen vorliegen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen (§ 2 Abs. 3 BBodSchG). Ferner muss die generelle Bebaubarkeit, die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die Belange des Umweltschutzes im Sinne des § 1 BauGB gewährleistet sein.

Die Begründung wird um einen entsprechenden Hinweis ergänzt. Bei Bedarf werden die textlichen Festsetzungen unter „Hinweise“ ebenfalls ergänzt.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Der Bebauungsplan stellt lediglich die bauplanungsrechtliche Bebaubarkeit sicher, trifft jedoch keine Aussagen zu konkreten Baumaßnahmen. Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes ergaben sich keine Hinweise auf Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen, die geeignet wären, solche Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen (§ 2 Abs. 3 BBodSchG), dass eine Bebauung ausgeschlossen ist. Die generelle Bebaubarkeit und die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die Belange des Umweltschutzes im Sinne des § 1 BauGB sind insofern gewährleistet.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>Der „Erlass zur Berücksichtigung von Flächen mit Bodenbelastungen, insbesondere Altlasten, bei der Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren“ (Rundschreiben des Ministeriums der Finanzen, 05.02.2002) ist im o. g. Verfahren zu berücksichtigen, sodass der Bodenbelastungsverdacht zunächst auszuräumen ist.</p> <p>Hierzu sind entsprechende Gutachten bei der SGD Nord WAB Trier zur Gefährdungsbeurteilung vorzulegen.</p> <p>Darüber hinaus ist in der Planurkunde eine Fläche umgrenzt und als „erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet“ gekennzeichnet. Es handelt sich hierbei um eine mittels Bodensanierung dekontaminierte Fläche, sodass von der Fläche nach den bisherigen Erkenntnissen keine Gefährdung ausgeht. Wir raten daher an die Kennzeichnung „Umgrenzung von Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind“ aus der Planurkunde zu entfernen.</p> <p>Abwasserbeseitigung</p> <p>Das Schmutzwasser ist an die Kläranlage Flugplatz Bitburg anzuschließen.</p> <p>Im Hinblick auf die Niederschlagsbewirtschaftung haben die Stadtwerke Bitburg auf Anfrage sinngemäß auf folgendes u. a. hingewiesen (E-Mail vom 06.07.2023, Marco Müller an Eugen Schneider): Für die Änderung des Bebauungsplans aus dem Jahre 2019 und der aktuellen Änderung war der Wegfall der inneren Erschließungsstraßen maßgeblich. Im Ergebnis bleiben die Abflüsse im Regenwetterfall somit unverändert und werden ggf. durch den Wegfall der Straßen leicht sinken. Unter Pkt. 3.6.1 wird eine Entwässerungsleitung in der Fläche A4 erwähnt. Diese dient dazu, die vorhandene Flugfeldentwässerung, welche derzeit durch</p>	<p>Der Erlass wird im Baugenehmigungsverfahren angewendet und berücksichtigt.</p> <p>Soweit erforderlich, werden im Baugenehmigungsverfahren weitere Gutachten zur Gefährdungsabschätzung vorgelegt.</p> <p>Die Kennzeichnung der mittlerweile dekontaminierten Fläche wird aus der Planurkunde entfernt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
---	--

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>die Gewerbeflächen verläuft, langfristig zu ersetzen. Das vorhandene Wasserrecht ist derzeit noch nicht von den Änderungen betroffen.</p> <p>Die Ausführungen zur Abwasserbeseitigung der Stadtwerke Bitburg werden nach ergänzender Prüfung bestätigt.“</p>	<p>Der bestätigende Hinweis zur Abwasserbeseitigung wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Beschluss: Die Hinweise der SGD Nord werden zur Kenntnis genommen. Begründung / textliche Festsetzungen werden gemäß obenstehender Kommentierung ergänzt. Die in der Planzeichnung enthaltene Kennzeichnung der zwischenzeitlich dekontaminierten Fläche als mögliche Altlast wird aus der Planzeichnung entfernt. Bei den beschriebenen Änderungen / Ergänzungen handelt es sich lediglich um redaktionelle Anpassungen des Bebauungsplans die keine erneute Offenlage erfordern.</p>	
<p>Abstimmungsergebnis: Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung</p>	

Nr. 30 SWT Stadtwerke Trier Versorgungs-GmbH, Ostallee 7 – 13, 54290 Trier – Schreiben vom 10.07.2023	Zu Nr. 30
<p>„...gegen den Bebauungsplan Nr. 9 „B-Shelterbereich“ bestehen keine Einwände.</p> <p>Bereits 2014/2015 wurde durch das Plangebiet eine Gasmitteldruckleitung verlegt (Verbindung Am Tower – Hans-Bongers-Str.). Darüber hinaus ist keine weitere Erschließung geplant.</p> <p>Detaillierte Informationen über bestehende Erdgasversorgungsleitungen können über unsere Abteilung T-G bzw. über unsere Internetseite www.swt.de unter Bereich Netz – Netzauskunft angefordert werden.</p>	<p>Der Hinweis, dass gegen die Aufstellung des Bebauungsplans keine Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die weitergehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Im Hinblick auf die Erkundungs- und Sicherungspflicht von Bauunternehmen bei der Durchführung von Bauarbeiten ist rechtzeitig vor Baubeginn der Arbeiten bei unserer Abteilung T-G aktuelle Auskunft über die Lage und Tiefe der im Bau- bzw. Aufgrabungsbereich liegenden Versorgungsleitungen einzuholen.“

Kein Beschluss erforderlich.

Nr. 32 Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht, Deworastraße 8, 54290 Trier – Schreiben vom 20.07.2023	Zu Nr. 32
<p>„...die in der bisherigen Planung zu o. g. Bebauungsplan festgesetzte Emissionskontingentierung wird laut den aktuellen Planunterlagen gestrichen und die Belange des anlagenbezogenen Immissionsschutzes sollen künftig ausschließlich auf der Ebene der jeweiligen Baugenehmigungsverfahren bzw. ggf. Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz geprüft werden. Diese Entscheidung bedauere ich zunächst, obgleich sie für mich aufgrund der aktuellen Rechtsprechung (siehe Erläuterung unter Punkt 3.3 der Begründung) aber nachvollziehbar ist.</p> <p>Aus Sicht des anlagenbezogenen Immissionsschutzes weise ich darauf hin, dass im Rahmen konkreter Bauvorhaben ein intensiver Informationsaustausch zwischen den an den Genehmigungsverfahren beteiligten Stellen (Bauamt der KV des Eifelkreises Bitburg-Prüm, Zweckverband Flugplatz Bitburg, SGD Nord – Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier, ggf. weitere Stellen) stattzufinden hat. Insbesondere sollten die Vorgaben und Rahmenbedingungen der zu erstellenden Lärmgutachten (ggf. auch weiterer Gutachten) mit den zuständigen Sachbearbeiter*innen der Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier abgeklärt werden. Hierzu zählen neben der Festlegung der maßgeblichen Immissionsorte und der entsprechenden Immissionsrichtwerte der Sechsten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) auch Angaben über die zu berücksichtigende Vorbelastung durch die bereits vorhandenen gewerblichen/ industriellen Nutzungen der Umgebung. Ich bitte dies an die Sachbearbeiter*innen der entsprechenden Stellen in Ihrem Hause sowie im Hause der KV des Eifelkreises Bitburg-</p>	<p>Der Hinweis, dass die Streichung der Emissionskontingentierung aufgrund der aktuellen Rechtsprechung nachvollziehbar ist, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Notwendigkeit eines intensiven Informationsaustauschs im Rahmen der Genehmigungsverfahren wird aus fachlicher Sicht bestätigt. Die maßgeblichen Immissionsorte usw., die Angaben über die zu berücksichtigende Vorbelastung durch die bereits vorhandenen gewerblichen/ industriellen Nutzungen der Umgebung u.Ä. sind dabei entsprechend mit der SGD Nord und der Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm abzustimmen.</p>

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Prüm weiterzuleiten. Die Kolleg*innen der Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier werde ich intern entsprechend informieren.“

Kein Beschluss erforderlich.

Nr. 40 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn – Schreiben vom 22.06.2023	Zu Nr. 40
<p>„...unsere Stellungnahme vom 03.09.2019 bleibt weiterhin bestehen.“</p> <p>Stellungnahme vom 28.08.2023 (E-Mail ging am 03.09.2019 beim Zweckverband ein):</p> <p>Von der Maßnahme ist die stillgelegte Produktenfernleitung zum Flugplatz Bitburg betroffen.</p> <p>In der Produktenfernleitung wurden Kraftstoffe der höchsten Gefahrenklasse für militärische Zwecke transportiert. Sie ist dem besonderen Schutz des § 109e des Strafgesetzbuches StGB (Wehrmittelbeschädigung) unterstellt. Beschädigungen können erhebliche Folgeschäden auslösen.</p> <p>Zu Wartungs- und Reparaturzwecken, sowie zur Verhinderung einer Gefährdung durch äußere Einflüsse, ist die Produktenfernleitung durch einen 10,00 m breiten Schutzstreifen (5,00 m links und 5,00 m rechts der Rohrachse), zu Gunsten der Bundesrepublik Deutschland ding-lich gesichert.</p> <p>Ich bitte Sie, das Bundeswehr-Dienstleistungszentrum (BwDLZ) Zweibrücken Telefon: +49/(0)6332 / 5665-5415, 22er Straße 25, 66482 Zweibrücken, am weiteren Verfahren zu be-teiligen und die im Anhang befindliche Stellungnahme des BwDLZ Zweibrücken Az. (ohne), vom 28.08.2019, zu beachten. Das BwDLZ Zweibrücken ist auch Ansprechpartner für die Vereinbarung eines eventuell erforderlichen Vor-Ort-Termins.</p>	<p>Der Hinweis auf die Stellungnahme aus dem Jahr 2019 wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, sie betreffen jedoch lediglich ein Ausgleichsgrundstück.</p> <p>Das Bundeswehr-Dienstleistungszentrum (BwDLZ) Zweibrücken wurde im Verfahren beteiligt.</p>

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Für die im Grundbuch eingetragenen dinglich gesicherten Rechte ist die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Sparte Verwaltungsaufgaben, Moltkestraße 15 in 54292 Trier zuständig. Ich bitte zu beachten, dass Baumaßnahmen im Schutzstreifen ohne Genehmigung bzw. ohne vertragliche Regelung nicht gestattet sind.“

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben wurde ebenfalls am Verfahren beteiligt.

Kein Beschluss erforderlich.

Nr. 41 Westnetz GmbH, Regionalzentrum Trier, Eurener Straße 33, 54294 Trier – Schreiben vom 26.06.2023	Zu Nr. 41
<p>„...In dem o. g. Bereich betreiben wir Mittel-, Nieder- und Straßenbeleuchtungsnetze. Als Anlage senden wir Ihnen Planunterlagen, in denen unsere im Geltungsbereich des Plangebietes vorhandenen Leitungen eingetragen sind, mit der Bitte, diese bei Ihren weiteren Planungen zu berücksichtigen.</p> <p>Im Plan aufgeführte Leitungen, welche mit „fremd“ gekennzeichnet sind, befinden sich nicht in unserem Eigentum und Unterhaltung. Zu diesen Leitungen können wir keinerlei Aussagen treffen.</p> <p>Für die vorhandenen Kabel ist ein Schutzstreifen von 1,0 m Breite (0,5 m Breite beiderseits der Leitungsachse) freizuhalten, in dem eine Bebauung, das Anpflanzen von tiefwurzelndem Gehölz und sonstige leitungsgefährdende Maßnahmen untersagt sind.</p> <p>Dasselbe gilt für die vorhandenen Stationen im Umkreis von 4 m.</p> <p>Anpflanzungen bitten wir mit uns abzustimmen. Die Abstände von den vorgesehenen Bepflanzungen zu unseren geplanten bzw. vorhandenen Leitungen sind gemäß den VDE-Bestimmungen und dem „Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsleitungen“ einzuhalten.</p>	<p>Der Hinweis auf die vorhandenen Leitungen wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis auf die Fremdleitungen wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>In den textlichen Festsetzungen sind unter „Hinweise“ bereits entsprechende Ausführungen enthalten.</p> <p>Dto.</p> <p>Dto.</p>

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>Die elektrische Versorgung der im Baugebiet vorhandenen sowie zur Ansiedlung kommenden Kunden erfolgt aus dem bestehenden bzw. zu erweiternden Niederspannungs – bzw. Mittelspannungsnetz.</p> <p>Falls im Baugebiet keine Gehwege vorgesehen sind, bitten wir unbedingt zu beachten, dass mindestens auf einer Straßenseite ein öffentlicher Versorgungstreifen eingeplant wird. Dieser sollte eine unbefestigte Oberfläche oder eine Oberfläche aus Betonsteinpflaster aufweisen, damit nachträgliche Arbeiten an den Versorgungsleitungen keine sichtbaren Beeinträchtigungen der Oberflächen zur Folge haben.</p> <p>Um für die Leuchten den in der RAS (Richtlinie für die Anlage von Straßen) geforderten seitlichen Sicherheitsraum für den Kraftfahrzeugverkehr von 0,75 m (bei Hochborden 0,5 m) zu erreichen, ist es unter Umständen erforderlich, dass die Leuchten auf Privateigentum errichtet werden. Wir bitten daher die Anlieger entsprechend zu informieren und dies in die textliche Festsetzung des Bebauungsplanes aufzunehmen.</p> <p>Des Weiteren sollte darin ebenfalls darauf hingewiesen werden, dass unter Umständen Leuchten entlang der Straßengrenze vor den Anwesen errichtet werden, um durch gleiche Leuchtenabstände eine gleichmäßige Ausleuchtung der Straße zu erreichen.</p> <p>Die Erweiterung der Straßenbeleuchtungsanlage erfolgt in Abstimmung mit dem Zweckverband Flugplatz Bitburg im Rahmen des bestehenden Straßenbeleuchtungsvertrages.</p> <p>Sollten Änderungen unserer Leitungen/Anlagen notwendig werden, so richtet sich die Kostentragung nach bestehenden Verträgen bzw. sonstigen Regelungen.</p> <p>Werden Flächen verkauft, auf welchen Kabel von uns liegen, ist beim Verkauf eine persönlich beschränkte Dienstbarkeit zu Lasten der Westnetz GmbH eintragen zu lassen. Dazu ist eine Abstimmung in unserem Hause notwendig.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die öffentlichen Straßenverkehrsflächen innerhalb des Plangebiets sind bereits vollständig hergestellt.</p> <p>Auch die Straßenbeleuchtung wurde bereits vollständig hergestellt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	---

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Werden unsere Belange in diesem Sinne beachtet, dann bestehen aus unserer Sicht gegen Ihre weiteren Planungen keine Bedenken.“

Der Hinweis, dass gegen die Planung ansonsten keine Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.

Kein Beschluss erforderlich.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Nr. 43 Zweckverband Abfallwirtschaft Region Trier (A.R.T.), Postfach 47 20, 54237 Trier – Schreiben vom 14.07.2023	Zu Nr. 43
<p>„...mit Ihrer Mail vom 22.06.2023 geben Sie uns die Gelegenheit zur Stellungnahme gemäß § 4 Baugesetzbuch (BauGB) zum oben genannten Bebauungsplan. Hiermit möchten wir Sie über die notwendigen Voraussetzungen für eine satzungsgemäße Abfallentsorgung im Entsorgungsgebiet des A.R.T. informieren und bitten, diese bei der Planung zu berücksichtigen.</p> <p>Grundlage für die ordnungsgemäße Abfallentsorgung ist die Satzung über die Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwertung, Recycling, Verwertung und Beseitigung von Abfällen in der Stadt Trier und den Landkreisen Trier-Saarburg, Bernkastel-Wittlich, Eifelkreis Bitburg-Prüm und Landkreis Vulkaneifel durch den Zweckverband Abfallwirtschaft Region Trier (A.R.T.) vom 17.12.2015 in der jeweils aktuellen Fassung. Hierin ist unter anderem auch die ordnungsgemäße Bereitstellung von Abfallsammelbehältern und allen weiteren Abfällen geregelt (§§ 14 Absätze 3 und 4, 15 Absatz 8, 23 Absatz 5).</p> <p>Um das Befahren der geplanten Straßen mit den Abfallsammelfahrzeugen des A.R.T. zu ermöglichen, müssen die sicherheitstechnischen Anforderungen an Straßen und Fahrwege für die Sammlung von Abfällen gemäß der DGUV Information 214-033 (aktueller Stand) berücksichtigt werden. Hierbei sind insbesondere die Kapitel 3 „Anforderungen an die Gestaltung von Straßen“ sowie Kapitel 4 „Wendeanlagen“ zu beachten. Sofern die sicherheitstechnischen Aspekte bei der Planung und Umsetzung keine Anwendung finden, ist eine Abholung der Abfälle vor den betreffenden Grundstücken nicht möglich. Die betroffenen Überlassungspflichtigen müssen in diesem Fall gemäß der einschlägigen Satzungsregelungen die Abfälle zu einem anderen geeigneten Aufstellort bringen. Dies ist in der Regel die nächste sicher zu befahrende Straße.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die öffentlichen Straßen innerhalb des Plangebietes sind bereits vollständig hergestellt. Dabei wurden alle maßgeblichen Vorschriften berücksichtigt.</p>

Offenlage: <input type="checkbox"/>	Erneute Offenlage: <input checked="" type="checkbox"/>
-------------------------------------	--

Im Folgenden haben wir die technischen Details zur aktuell eingesetzten Fahrzeugtechnik und die daraus resultierenden Vorgaben zur Befahrbarkeit von Straßen zusammengefasst:

Tragfähigkeit: mindestens 40 Tonnen

Fahrbahnbreite: ohne Begegnungsverkehr mindestens 3,05 m, mit Begegnungsverkehr mindestens 4,75 m

Schleppkurven: Der Überhang eines Abfallsammelfahrzeuges ist zu berücksichtigen (schwenkt stark aus), daher mindestens 3,00 m

Durchfahrthöhe: mindestens 4,00 m (beachtet werden müssen hierbei auch Bäume/Äste sowie Straßenlaternen etc.)

Fahrbahngestaltung: seitliches Abrutschen/Umstürzen muss verhindert werden (z. B. durch befestigte Bankette)

Ein- und Ausfahrten: vgl. Fahrbahnbreite sowie Schleppkurven sowie die Anlage bezüglich des Wendekreises. In der Ein- und Ausfahrt sollte die Fahrbahnbreite mindestens 5,50 m betragen und in diesem Bereich zudem rundherum eine Freifläche von 1,00 m ausweisen, sodass beim Ausschwenken der Fahrzeugüberhänge keine Schäden entstehen (keine Straßenlaternen, Bäume, Verkehrsschilder, Hecken usw.).

Bodenschwellen: Fahrbahnen müssen möglichst eben sein, und bei auftretendem Gefälle oder Steigung darf der Übergang zur davorliegenden Fahrbahn nicht abrupt erfolgen (ein Aufsetzen des Heckteils bzw. der Trittbretter muss verhindert werden).

Privatstraßen: Werden grundsätzlich nicht befahren.

Sofern vorhanden oder geplant:

Wendeanlagen:

Wendekreise/Wendeschleifen sind stets zu bevorzugen und dann geeignet, wenn ein Wendemanöver in einem Zug ermöglicht wird, ohne dass z. B. der Bordstein überfahren wird. Die Zufahrt muss eine Fahrbahnbreite von mindestens 5,50 m ausweisen und in diesem Bereich zudem rundherum eine Freifläche von 1,00 m ausweisen, sodass beim Ausschwenken der Fahrzeugüberhänge keine Schäden entstehen (keine Straßenlaternen, Bäume, Verkehrsschilder, Hecken usw.). Pflanzinseln sollen erst ab

Die weitergehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Wendeanlagen sind im Plangebiet nicht vorhanden.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

einem Wendekreisdurchmesser von mehr als 25,00 m geplant werden. Hierbei muss der Rand der Pflanzinsel überfahrbar sein.

Wendehämmer sind dann zulässig, wenn aufgrund von topographischen Gegebenheiten oder bereits vorhandener Bausubstanz kein Wendekreis bzw. keine Wendeschleife realisiert werden kann. Diese sind jeweils stets zu bevorzugen.

Für Ihre weitere Planung erhalten Sie in der Anlage neben der aktuellen Abfallsatzung des A.R.T. und der DGUV-Information 214-003 zudem eine technische Zeichnung eines aktuell eingesetzten Abfallsammelfahrzeugs sowie einer Darstellung des benötigten Wendekreises.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.“

Die Anlagen werden zur Kenntnis genommen.

Kein Beschluss erforderlich.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Folgende Äußerungen / Informationen von neutralen Personen oder Organisationen im Rahmend der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB liegen vor:	Kommentierung Planungsbüro / Verwaltung
<p>Nr. 01 BUND, Bahnhof 3, 54662 Speicher – Vorabschreiben vom 12.07.2023</p> <p><u>Vorabschreiben vom 12.07.2023:</u> „...gerade als wir unseren Rechtsanwalt beauftragten wollten, Ihnen mitzuteilen, dass die Bekanntmachung vom 17.6.2023 nicht korrekt ist, stellten wir fest, dass Sie Wesentliches bereits korrigiert hatten. Allerdings ist auch die neue Bekanntmachung nicht korrekt.</p> <p>Sie verlinken unsere Stellungnahme direkt im Internet mit allen Abbildungen und vollständiger persönlicher Adresse mit Telefonnummer. Die Angabe meines Namens mit dem Namen der Organisation, Funktion (Mitglied Landesvorstand und Kreisgruppenvorsitzende), des Wohnortes und der E-Mail hätten ausgereicht.</p> <p>Bei den Abbildungen gibt es in der BUND-Stellungnahme von 2019 keine genauen Quellenangaben, weil die Herkunft der Abbildungen der Verwaltung ja bekannt war. Für eine aktuelle Veröffentlichung im Internet sind diese Abbildungen unter BUND-Label (und dann noch ohne genaue Quellenangabe) aber nicht geeignet.</p>	<p>Zu Nr. 01</p> <p>Die Bekanntmachung entspricht den gesetzlichen Vorgaben.</p> <p>Bei der angegebenen Adresse handelt sich ganz offenkundig um die offizielle Anschrift des BUND als Organisation. Jedenfalls wurde die Stellungnahme auf dem Briefkopf des BUND mit der Angabe „Dr. Agnes Tillmann-Steinbuß - Vorsitzende Kreisgruppe Bitburg-Prüm, Regionalbeauftragte für Trier“ abgegeben. Aus Gründen der Transparenz wurden auch die übrigen Angaben des Briefkopfes abgedruckt. Es war nicht ersichtlich, dass dies nicht gewünscht sei. Auch ein Hinweis darauf, dass es sich um eine Privatadresse handelt, fehlte.</p> <p>Gemäß § 3 Abs. 1 und 2 Baugesetzbuch (BauGB) ist die Öffentlichkeit möglichst frühzeitig und umfassend über die Ziele und Zwecke der Planung und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten. Die Entwürfe der Bauleitpläne sind dabei mit der Begründung und den nach Einschätzung der</p>

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>Sie hätten mich zuvor fragen müssen, in welchem Umfang Sie unsere Stellungnahme veröffentlichen dürfen. Ein Verweis an den BUND und meine Mailadresse hätten ausgereicht. Einen persönlichen Versand unserer vollständigen Stellungnahme an mögliche Interessenten hätten wir gerne selbst erledigt - und zwar ergänzt um Erläuterungen zu den Bildern. Für die zur Verfügung-Stellung der gesamten Stellungnahme einschließlich Abbildungen hätten Sie also ausschließlich auf meine Email-Adresse verweisen können.</p> <p>Auch in der Abwägungstabelle steht am Schluss meine vollständige private Wohnadresse mit Telefonnummer. Eine Angabe des Namens, der Funktion und des Wohnortes hätte ausgereicht.</p> <p>In der aktuellen Bekanntmachung fehlt jeglicher Hinweise darauf, dass Sie mit den Daten aus Stellungnahmen sorgsam umgehen. Im Gegenteil wird versucht, Angst vor Stellungnahmen zu schüren, wenn Sie darauf hinweisen, dass die Verwaltung entscheidet, welche Personendaten in öffentlicher Sitzung erscheinen werden.</p>	<p>Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen zu veröffentlichen. Der Öffentlichkeit ist in diesem Zusammenhang Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben. Hierzu gehört naturgemäß, dass <u>alle</u> vorliegenden Informationen auch öffentlich bereitzustellen sind – natürlich auch im Internet! Es steht dem BUND frei, „einen persönlichen Versand seiner vollständigen Stellungnahme an mögliche Interessenten“ vorzunehmen. Dies ändert jedoch nichts an der Verpflichtung des Zweckverbands, die Informationen im Zuge der Offenlage zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Siehe hierzu die obenstehende Kommentierung.</p> <p>Dass der Zweckverband mit allen Daten stets sorgsam umgeht, ergibt sich aus den diesbezüglichen gesetzlichen Verpflichtungen, die umfassen beachtet werden. Dass seitens des Zweckverbands „Angst vor Stellungnahmen“ geschürt wird, muss aufs Schärfste zurückgewiesen werden.</p>
---	--

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Wir schlagen Ihnen ein ganz neues Offenlegungsverfahren vor. Denn die Stellungnahmen von 2019 sind nicht mehr aktuell.

Damals ging es vorwiegend darum, Baurecht für einen „Wertstoffhof“ der A.R.T. zu schaffen. Diesmal geht es vorwiegend darum, wie mit dem Schadstofflager der höchsten Gefahrenstufe umgegangen werden soll, das nur bis zum 15.10. dieses Jahres genehmigt ist. Davon ist aber in den gesamten umfangreichen Unterlagen kein einziges Wort zu lesen. Nicht einmal die korrekten Flurnummern des aktuellen PFAS-Schadstofflagers sind angegeben.

Wir selbst sind darauf vorbereitet, unsere Stellungnahme notfalls auch am Wochenende schon abgeben zu müssen. Aber unser Rechtsanwalt ist in Urlaub, so dass es uns angenehmer wäre, noch zwei weitere Wochen Zeit dafür zu haben.

Anderen Menschen ist aber nicht zumutbar, innerhalb von 2 Wochen eine Stellungnahme zu schreiben bei derart komplexer neuer Problemstellung und derart umfangreichen offen gelegten Unterlagen.

Wenn Sie rechtssicher vorgehen möchten (zumindest in Bezug auf die Form der Bekanntmachung) empfehlen wir Ihnen eine neue Bekanntmachung, die 4 Wochen Zeit lässt für Stellungnahmen - und die auch Hinweise dahingehend enthält, dass Sie sorgsam und sparsam mit Personendaten umgehen. Eine Information mit dem Hinweis, dass auch Stellungnahmen ohne Absenderdaten oder andere Kontaktdaten möglich sind, wäre ebenfalls hilfreich.

Der Vorschlag wird zur Kenntnis genommen jedoch zurückgewiesen. Die erneute Offenlage fand unter Beachtung sämtlicher gesetzlicher Vorschriften statt und wurde ordnungsgemäß durchgeführt.

Sinn und Zweck der Bebauungsplanänderung und der in diesem Zusammenhang durchgeführten erneuten Offenlage ergeben sich aus der Begründung zum Bebauungsplan. Dieses Verfahren steht in keinem Zusammenhang zu den seitens des BUND beschriebenen Vorhaben.

Dass der Rechtsanwalt des BUND derzeit Urlaub hat, wird zur Kenntnis genommen. Die Frist für die Angabe von Stellungnahmen ist gemäß BauGB lang genug bemessen, um eine fristgerechte Stellungnahme abgeben zu können.

Die vorliegende erneute Offenlage fand unter Beachtung aller gesetzlichen Fristen statt. Insofern ergibt sich kein Grund für eine nochmalige Offenlage mit veränderten Fristen.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Beschluss: Alle Hinweise und Anregungen des BUND werden zur Kenntnis genommen. Sie stehen jedoch in vielen Fällen nicht im Zusammenhang mit der verfahrensgegenständlichen Änderung des Bebauungsplans und der erneuten Offenlage. Im Übrigen sind sie unbegründet und teilweise spekulativ und werden daher zurückgewiesen.	
Abstimmungsergebnis: Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung	

Nr. 02 BUND, Bahnhof 3, 54662 Speicher – Stellungnahme vom 28.07.2023	Zu Nr. 02
<u>Schreiben vom 28.07.2023:</u> „... 1.) Die offen gelegten Unterlagen sind unvollständig und irreführend, enthalten sogar Fehler. Nur an einer einzigen Stelle in den umfangreichen Unterlagen sind Informationen über die Flurstücknummern der Grundstücke im Bereich des B-Planes genannt und dann auch noch falsch. In der Begründung steht: „ ...Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst in der Gemarkung Mötsch, Flur 4, die Flurstücke mit den Nummern 44/1, 72/2, 72/8, 470/72 und 470/72 jeweils ganz sowie die Flurstücke mit den Nummern 44/2, 56/4 (Anteil am Flugfeld) 72/4, 72/7, 72/14 (Straße Am Tower) und 470/75 jeweils teilweise. ...“ Die Flurnummer 470/72 wird also doppelt erwähnt. Vermittelt wird hier der Eindruck, das PFASLager in den drei Shelters 4035, 4041 und 4042 (Bodenlager	Die offengelegten Unterlagen sind vollständig und weswegen diese irreführend sein sollen, ist nicht ersichtlich.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>der höchsten Gefahrenstufe) gehöre nicht zum Geltungsbereich. Gemäß Genehmigungsbescheid vom 5.10.2020 wurde das PFAS-Lager eingerichtet und betrieben auf Grundstück 470/76 (ebenfalls Flur 4 in Mötsch). Kein einziges Mal wird dieses Abfalllager in den umfangreichen Unterlagen erwähnt! Es ist nur befristet genehmigt bis zum 15.10. dieses Jahres.</p> <p>Möglicherweise soll hier nun Baurecht geschaffen werden für ein zentrales „Sicherungsbauwerk“ der BlmA für PFAS-belastete Böden auf der ehemaligen Base Bitburg, das das befristete Lager ablösen wird. Im Jahr 2019 (bei der Informationsveranstaltung in Bitburg am 28.11.19) war von einer Größe von 10 ha Grundfläche und 30 m Höhe die Rede, allerdings gingen wir vor 4 Jahren noch von einem anderen Standort aus (nicht im Bereich dieses B-Planes 9).</p> <p>An einer einzigen Stelle in den umfangreichen Unterlagen haben wir einen Hinweis auf ein geplantes „gesichertes Landschaftsbauwerk“ im Bereich von B-Plan 9 gefunden (auf S. 62 der PFCUntersuchungen des Büros für Umweltplanung aus Mertesdorf).</p> <p>Nach expliziter Nachfrage haben wir am 5.7. von Helmut Berscheid zumindest korrekte Flurnummern der Grundstücke im Bereich des B-Planes erhalten – und anschließend auch die Bestätigung, dass das kleine vorläufige PFAS-Lager dazu gehört (auf den Grundstücken 470/83 und 470/84, mit neuen Nummern).</p> <p>Offen ist die Frage, ob es ein zentrales Sicherungsbauwerk geben soll oder verschiedene (z.B. auf dem ehem. Feuerlöschübungsplatz Ost, dem ehem. Feuerlöschübungsplatz West der ehem. Sondereinsatzübungsfläche, dem Grundstück der Frasers-Group. Offen ist weiterhin die Frage, ob das A.R.T.Grundstück zum Bereich von B-Plan 9 gehört oder nicht gehört. In der Zeitung lesen wir heute (28.7.23, https://www.volksfreund.de/region/rheinlandpfalz/biotuete-in-der-region-trier-vor-dem-aus_aid-94560823), dass dem A.R.T. ein nur 2,5 ha großes Grundstück auf dem ehemaligen Flugplatz Bitburg gehöre. Nach unserer</p>	<p>Sofern ein Flurstück versehentlich doppelt aufgeführt wurde, wird die Begründung zum Bebauungsplan entsprechend korrigiert.</p> <p>Der Bebauungsplan dient dem Zweck, nicht mehr benötigte öffentliche Verkehrsflächen anderweitig zu überplanen. Das erwähnte „Sicherungsbauwerk“ bleibt durch die Veränderung des Bebauungsplans vollständig unberührt.</p> <p>Ein solches Bauwerk ist nicht Gegenstand der Bebauungsplanänderung.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Diese Frage ist nicht Gegenstand der Bebauungsplanänderung. Hierfür sind separate Genehmigungsverfahren durchzuführen. Der Bebauungsplan setzt lediglich Gebietsarten (z.B. Gewerbegebiet und Industriegebiet) fest.</p> <p>Die weitergehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen, haben aber nichts mit der vorliegenden Bebauungsplanänderung zu tun.</p>
---	--

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>Recherche hat es die Flurstück-Nummer 470/77 in Flur 4 der Gemarkung Mötsch und gehört der A.R.T. seit 2018. Im aktuellen Lanis aber gibt es diese Flurstück-Nummer nicht. Bei der Informationsveranstaltung am 14.11.2019 in Bitburg zeigte Herr Garz von der BlmA eine Skizze mit starken PFAS Belastungen, wo auch das A.R.T.-Grundstück als ein Hotspot etwa im Bereich von B-Plan 9 eingetragen war. In den offen gelegten Unterlagen ist nur davon die Rede, dass es zwei private Grundstücke im Bereich von BPlan gebe, die restlichen Grundstücke der BlmA gehören. In der Informationsveranstaltung am 18.4. dieses Jahres zeigte Stephan Clemens (BlmA) eine Skizze, auf der zumindest zu erkennen war, dass der überwiegende Teil von B-Plan 9 der BlmA gehört.</p> <p>Eine Offenlegung dient nicht dazu, den Umweltverbänden Rätzel-Aufgaben zu stellen und wichtige Fakten zu verschweigen!</p> <p>2.) Die komplexe Themenstellung, die umfangreichen zum Teil neuen Unterlagen sind innerhalb einer Frist von nur 14 Tagen grundsätzlich nicht zu bewältigen.</p> <p>3.) hydrogeologisches Gutachten, EU Wasserrahmenrichtlinie</p> <p>Unsere schon 2019 geäußerten Bedenken, dass eine konkrete B-Planung ein hydrogeologisches Gutachten voraussetzt unter besonderer Berücksichtigung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, wurden nicht angemessen berücksichtigt. Deshalb wiederholen wir unsere Bedenken in verschärfter Form. Das geplante Sicherungsbauwerk wird enormen Druck auf den PFAS-belasteten Boden ausüben. So ist gut möglich, dass der PFAS-Austrag in die Umgebung sich noch verschärfen wird, wenn wie jetzt geplant gebaut werden sollte.</p> <p>Um dies zu veranschaulichen möchten wir als ein Beispiel auf jüngste Ereignisse auf dem Frankfurter Flugplatz eingehen. Dort befand sich bis Ende 2005 die Rhein-Main Air Base. Nach dem Abzug des USMilitärs wurde dort das Terminal</p>	<p>In den Unterlagen zum Bebauungsplan werden keinerlei Fakten, die für die Änderung relevant wären, verschwiegen.</p> <p>Der Zweckverband Flugplatz Bitburg hat die Offenlage gemäß den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt und die Frist entsprechend gewählt.</p> <p>Weitergehende Hydrologische Gutachten werden, soweit Sie erforderlich sind, im Rahmen konkreter Baugenehmigungsverfahren erarbeitet.</p> <p>Das Beispiel vom Frankfurter Flughafen wird zur Kenntnis genommen. Es steht jedoch in keinerlei</p>
---	--

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>3 gebaut. Zuvor stellte sich die Frage, wie mit rund 600.000 m³ Boden umzugehen sei, der so stark PFAS belastet war, dass er nicht überbaut werden durfte. Beim Erörterungstermin im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren am 24. Juni 2020 für die Errichtung und den Betrieb eines vorläufigen PFAS-Bodenlagers wurde wie oben von vielen engagierten Menschen gegen das schwere Bodenlager argumentiert, das den PFAS-Austrag noch verschlimmern könne. Diese Bedenken wurden dann ernst genommen. Im Abschlussbericht zur Bodenentsorgung vom 4.11.21 können wir schlussendlich nachlesen, zu welch gewaltigen Mülltransporten es anschließend kam (z.B. nach Sachsen-Anhalt).</p> <p>Im Eifelkreis wird vielfach umgekehrt argumentiert, dass die PFAS -Belastung sich verringern werde, wenn weitflächig versiegelt werde, der Boden also oberflächlich vor Regen und Auswaschung geschützt werde. Das halten wir für wenig wahrscheinlich. Fast 40 Jahre nach Rückzug des Militärs sollte vom Regen bereits alles ausgewaschen sein, was ausgewaschen werden kann. Sehr problematisch sind aber nach wie vor die unterirdischen Gewässerströme - auch der Ablauf der Kläranlage, der unterirdisch und verrohrt über den kleinen Pfaffenbach in den Pfaffenbach und anschließend über den Daufenbach in die Kyll läuft. Die fortlaufende PFAS-Belastung in die Kyll und im tieferen Grundwasser ist ein immer größer werdendes Problem für die wertvollen Trinkwasserbrunnen Kyll-abwärts. Der neue Sülmer Brunnen kann wegen der PFAS-Belastung (vorwiegend durch Bitburg, in wahrscheinlich geringerem Ausmaß auch durch Spangdahlem) nicht für die Trinkwasserversorgung genutzt werden.</p> <p>Ein hydrogeologisches Gutachten ist notwendig, das grundlegende Aussagen zu Grundwasserströmungen liefert. Und ein darauf basierendes Strömungsmodell muss um ein Schadstofftransportmodell erweitert werden!</p> <p>Möglicherweise kommt es durch horizontal verlaufende Bodenschichten zu unkontrollierten seitlichen Wasserzuflüssen (unter versiegelten, abgedeckten Flächen oder Sicherungsbauwerken). Auch Verrohrungen können eingebrochen sein, so dass es</p>	<p>Bezug zur verfahrensgegenständlichen Bebauungsplanänderung.</p> <p>Die Meinung des BUND wird zur Kenntnis genommen, jedoch fachlich nicht geteilt.</p> <p>Die weitergehenden Ausführungen des BUND werden zur Kenntnis genommen. Sie stehen jedoch in keinem Bezug zur vorliegenden Bebauungsplanänderung.</p> <p>Die Meinung des BUND wird zur Kenntnis genommen. Entsprechende Gutachten werden bei Bedarf im Zuge konkreter Bauvorhaben erstellt.</p> <p>Die Ausführungen des BUND sind rein spekulativ und stehen in keinem Zusammenhang mit der Bebauungsplanänderung.</p>
--	--

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

auch von dort zu unkontrollierten direkten Einträgen von PFASbelastetem Wasser kommen kann.

4.) Kritik an der vorgelegten PFC-Untersuchung

Die Altlastenuntersuchungen PFC, Phase II vom Büro für Umweltplanung, Spoo & Pittner GmbH IU im Auftrag des LLB Trier von 14.1.22, das im Auftrag der BlmA erstellt wurde, akzeptieren wir nicht als Grundlage für die B-Planung. In ihnen wird z.B. ausschließlich der veraltete Begriff „PFC“ genutzt wird, die Stoffgruppe PFAS (mit rund 10.000 Chemikalien, die aktuell von der EU gänzlich verboten werden soll) ist kein einziges Mal erwähnt.

Die Schlussfolgerung, weiträumig zu versiegeln - bzw. stark belasteten Boden in Sicherungsbauwerken zu lagern, um den Schadstoffaustrag in die umliegenden Gewässer und das Grundwasser zu verringern, ist nicht nachvollziehbar begründet.

Weitere Kritikpunkte:

- a. Es gibt viel zu wenige Messstellen (nur etwa eine Messstelle pro ha). Die Auswahl der Messpunkte erscheint uns nicht sachlich motiviert. Bekannt ist, dass in direktem Umfeld von Shaltern und Tankanlagen die PFAS-Belastung besonders hoch ist. Gerade diese Stellen wurden aber weitgehend ausgespart. Bei vereinzelt gemessenen hohen PFAS-Werten (insbesondere PfHxS und PFOS) steht in der Regel ein hochgestelltes „va“, was vom Untersuchungs-Institut wie folgt erläutert wird: Die Nachweis- bzw. Bestimmungsgrenze musste erhöht werden, da die vorliegende Konzentration erforderte, die Probe in den gerätespezifischen Arbeitsbereich zu verdünnen. An den wenigen verdächtigen Stellen wurde also nicht einmal ausreichend Probematerial entnommen.

Die Kritik an den vorgelegten Untersuchungen wird zur Kenntnis genommen, sie wird fachlich jedoch nicht geteilt. Alle Untersuchungsergebnisse sind mit den zuständigen Behörden, insbesondere der SGD Nord, abgestimmt und wurden als schlüssig beurteilt.

Die weiteren Kritikpunkte werden zur Kenntnis genommen. Die Kritik wird jedoch in allen Punkten zurückgewiesen.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>b. Die neue Bundesbodenschutzverordnung, die am 1.8. dieses Jahres in Kraft tritt, ist kein einziges Mal erwähnt in den umfangreichen Unterlagen. In ihr wird z.B. für PfHxS und das seit 2018 EU-weit verbotene PfOS als neuer wesentlich strengerer Wert festgelegt für den Wirkungspfad Boden-Grundwasser am Ort der Probennahme und im Sickerwasser am Ort der Beurteilung. 100 Nanogramm pro Liter sind dort jeweils festgelegt. Sogar die SGD Nord wies in Ihrer Stellungnahme im Jahr 2019 schon auf PfC-Belastungen in Höhe von 5 Mikrogramm pro Liter hin. Regelmäßige PFAS-Untersuchungen des südlich gelegenen Steinbruchs Sölm zeigen, dass die Belastungswerte im Oberflächen- und Grundwasser auf ihrem Grundstück seit 2016 kaum zurück gehen.</p> <p>c. Es werden nur Bodenuntersuchungen erwähnt. Das reicht nicht. Grundwasseruntersuchungen sind besonders wichtig.</p> <p>Die Tiefe der PFAS-Belastungen ist besonders wichtig. 2 Meter Tiefe reicht keinesfalls aus.</p> <p>d. Im Gutachten selbst ist zu lesen, wie unvollständig das Gutachten des Institutes für Umweltplanung in Mertesdorf ist. Dazu ein Zitat-Beispiel:</p> <p>„...Generell kann jedoch über eine Ausdehnung unterhalb der versiegelten Flächen keine sichere Aussage getroffen werden, da hauptsächlich Punkte außerhalb der befestigten Flächen untersucht wurden...“ Erfreulicherweise wird zumindest darauf hingewiesen, dass Maßnahmen zur Gefahrenabwehr notwendig sind (S 21 des PfC-Berichtes). Besonders wichtig aber ist, unterhalb der befestigten Flächen zu untersuchen,</p> <p>e. Nicht beachtet ist weiterhin, dass Ewigkeitschemikalien nicht nur in Feuerlöschschäumen stecken. Das Militär verwendete PFAS auch zur</p>	<p>Die Unterlagen wurden vor Inkrafttreten der Bundesbodenschutzverordnung am 01.08.2023 (heute) erstellt.</p> <p>Art und Umfang der durchgeführten Untersuchungen wurden seitens der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) mit der SGD Nord abgestimmt. Dass diese nach Meinung des BUND nicht ausreichen, wird zur Kenntnis genommen. Diese Meinung wird jedoch nicht geteilt.</p> <p>Es liegt in der Natur der Sache, dass mit einem Gutachten, so sorgfältig es auch erarbeitet wurde, nicht alle Eventualitäten abzudecken sind. Es ist Aufgabe des Gutachters auch auf Wissenslücken und Unsicherheiten hinzuweisen, was vorliegend richtigerweise erfolgt ist.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, ist jedoch für die Bebauungsplanänderung irrelevant.</p>
---	---

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>Motorreinigung, Drahtbeschichtung, Verchromung und anderen Anwendungen.</p> <p>f. Wenn auf Seite 24 des Pfc-Untersuchungsberichtes steht, dass keine Hinweise auf Schichtwasser angetroffen wurden, und auf Seite 55, dass von einem lateralen (seitlichen) Zustrom nicht ausgegangen werde, so können wir nur antworten: das liegt daran, dass sehr viel getan wurde, um nicht danach zu suchen.</p> <p>g. Es gehört Geschicklichkeit dazu, zahlreiche Shelter in dem Gutachten zu erwähnen, kein einziges Mal aber das PFAS-Schadstofflager in den Shelters 4035, 4041 und 4042. Dabei wäre an erster Stelle wichtig gewesen, dort zu untersuchen, was das erhöhte Gewicht an gefährlichem Schichtwasser-Austrag bewirkt hat und wahrscheinlich bewirken wird.</p> <p>Immerhin wird auf Seite 54 erwähnt, dass im Bereich des Shelters 4042 die PFC-Werte in der Tiefe ansteigen. Und auf Seite 55, dass sich im Bereich des Shelters 4042 ein Belastungsschwerpunkt im Tiefenbereich (bis in die versiegelte Fläche) befinde. Aber ein Bezug zum Schadstofflager wird nicht hergestellt.</p> <p>Folgende Shelter werden in folgenden Zusammenhängen erwähnt:</p> <p>Das südlich des Shelters 4037 gelegene Gebäude 4020 diene als Garage für Tankfahrzeuge. Der Shelter 4037 existiert noch und befindet sich in privater Nutzung. Das Gebäude 4020 wurde rückgebaut.</p> <p>Zwischen den Shelters 4029 und 4030 befindet sich die Fläche des ehemaligen Verwaltungsgebäudes 427, eine ehemalige Abfallsammelstelle sowie ein ehemaliger Triebwerkprüfstand. Im Bereich der ehemaligen Abfallsammelstelle wurden in den</p>	<p>Die weitergehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie beziehen sich jedoch lediglich auf ein Fachgutachten, das nach Meinung des BUND unzureichend ist und stehen in keinem direkten Zusammenhang zur Bebauungsplanänderung.</p> <p>Dto.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>
---	---

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Betankungsanlagen des Sicherheitsbereichs anfallende Sonderabfälle zwischengelagert. Es wurden neben Altölfässern auch Halonfeuerlöscher gelagert. Nördlich des Shelters 4030 gab es ebenfalls einen Triebwerkprüfstand, genauso wie zwischen den Shelters 4031 und 4032. Hier gab es außerdem noch eine Trafostation. Ein Generatorenhaus befand sich südlich von Shelter 4029. Die Shelter 4029 – 4031 sowie das Gebäude 427 wurden rückgebaut.

Die Shelter 4044 und 4048 wurden komplett rückgebaut. Bei dem Shelter 4043 verblieb die Bodenplatte. Die Shelter 4041 und 4042 existieren noch und befinden sich in privater Nutzung. Im Bereich des Shelters 4048 befand sich eine Müllkippe, welche zumindest teilweise durch Bodenaushub entfernt wurde.

Außerdem befand sich im Bereich der Teilfläche V ein ehemaliger französischer Flugzeugshelter zwischen den Shelters 4041, 4042 und 4043, der jedoch bereits in den 1960er Jahren zurückgebaut wurde.

Ehemalige und bereits rückgebaute Generatorengebäude befanden sich westlich von Shelter 4042 sowie östlich von Shelter 4043. Ganz im Norden befand sich ein Treibstoffdepot (Tankanlage 574).

Auch im Bereich des Shelters 4042 steigen die Werte in der Tiefe an. Hier ist kaum ein Unterschied zwischen versiegelt (4042-20, Sheltervorfläche unmittelbar neben defekter Betonfuge) und unversiegelt (4042-10) festzustellen.

Im Bereich des Shelters 4043 befindet sich der Belastungsschwerpunkt im Tiefenbereich 0,6 – 1,0 m u. GOK. Im Bereich des Shelters 4042 befindet sich der Belastungsschwerpunkt im

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>Tiefenbereich 1,0 – 2,0 m u. GOK. Eine PFCBelastung wurde in dieser Teilfläche zwar bis in die versiegelten Flächen festgestellt.</p> <p>5.) Häufig werden die von der BlmA beauftragten Gutachten des Institutes Altenbockum und Partner zitiert. Sie sind den offen zu legenden Unterlagen beizufügen. Sie enthalten wesentliche Informationen, die in dem vorgelegten Pfc-Untersuchungsbericht fehlen. Besonders wichtig sind die aktuellen Gutachten der Arcadis-GmbH, die aktuell von der BlmA beauftragt ist. Sie gehören unbedingt zu den Unterlagen, die offen zu legen sind.</p> <p>6.) Hotspot der Altlasten und PFAS-Belastungen</p> <p>Der Bereich von B-Plan 9 ist (ähnlich wie bei allen anderen Flugplätzen) der Hotspot der PFAS-Belastungen. Dort standen die Militärflugzeuge nahe beim Tower. Wir sind nicht damit einverstanden, dass alle woanders üblichen Sanierungs- und Soforthilfemaßnahmen in Bitburg auf ein möglichst einfaches und billiges Verfahren zurückgedreht werden (nur Sicherungsbauwerk und Versiegeln) – und das obwohl wichtige Lebensmittelbetriebe in unmittelbarer Nähe sind, und die gesamte Trinkwasserversorgung der Stadt Trier und ihrer Umgebung in Gefahr ist. Im Plangebiet waren zur Zeit der militärischen Nutzung in erster Linie Shelteranlagen und Bunker untergebracht, begleitet von Eingrabungen und Aufschüttungen zu Erdwällen. Lange ist bekannt, dass er ein Hotspot von typischen Belastungen ist. 2014 standen zunächst im Vordergrund: PAK (Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe), MKW (Mineralölkohlenwasserstoffe), LAKW (Leichtflüchtige Kohlenwasserstoffe). Bereits vor 10 Jahren wurde gefordert, Erdarbeiten fachgutachterlich zu begleiten, Baugrubenwasser abzapfen und fachgerecht zu entsorgen, Tanks und Abscheider zu entfernen, Splitterschutzelemente zu entsorgen, Straßenbelag samt Unterbau fachgerecht als gefährlichen Abfall zu entsorgen ... Die spätestens seit 2012 bekannten PFAS-Belastungen werden erst jetzt genannt.</p> <p>Bei Ortsbesichtigungen (wir haben zahlreiche Bilder aufgenommen) kam uns der Verdacht, noch PFASbelastete Bodenplatten von zurückgebauten Shelters zu sehen</p>	<p>Die BlmA als Auftraggeberin der Gutachten hat dem Zweckverband Flugplatz Bitburg das offengelegte Gutachten zur Verfügung gestellt. Es ergänzt bereits durchgeführte Untersuchungen und erstellt ein Gesamtbild der Belastung.</p> <p>Die Kritik des BUND wird zur Kenntnis genommen. Sie ist jedoch fachlich unbegründet und wird daher zurückgewiesen.</p> <p>Wieso durch die Bebauungsplanänderung eine Gefahr für die gesamte Trinkwasserversorgung der Stadt Trier und ihrer Umgebung hervorgerufen werden soll, ist nicht ersichtlich.</p>
---	---

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>sind. Offensichtlich gibt es dringenden Sanierungsbedarf vor Ort! Wir gehen davon aus, dass PFAS-Komponenten andere gefährliche Schadstoffe konservieren.</p> <p>7.) Wichtige Ereignisse seit 2019 fehlen!</p> <p>Angaben zu den wichtigsten Vorkommnissen der letzten 5 Jahre fehlen. Deshalb tragen wir hier einiges nach: In der Versammlung des Zweckverbandes am 9.9.2019 wurde im Rahmen von TOP 9 „Bebauungsplan Nr. 9 ‚B Shelterbereich‘, Beschluss über die Bedenken und Anregungen nach der erneuten Offenlage; Satzungsbeschluss“ der folgenden Forderung der SGD Nord zugestimmt:</p> <p>Zitat aus der Abwägungstabelle, 9.9.2019, Stellungnahme der SGD Nord, Trier</p> <p>„Bei Untersuchungen im Zusammenhang mit der Verwertung oder Beseitigung von Bodenaushubmassen ist aufgrund der nachgewiesenen Belastungen der Parameter PFT/PFC (per- und polyfluorierte Chemikalien) mit zu berücksichtigen (insbesondere Untersuchungen im Eluat). Bodeneingriffe sind fachgutachterlich zu begleiten und bezüglich der PFC-Belastungen zu überprüfen. Über den Umgang mit PFC-belasteten Böden ist dann auf der Basis eines von der SGD Nord genehmigten Sanierungsplans bzw. im Einzelfall zu entscheiden.</p> <p>Vor dem Bau von Mulden oder Gräben für die Niederschlagsbewirtschaftung ist zu gewährleisten, dass im Versickerungsbereich keine Belastungen mit PFC oder anderen Schadstoffen vorliegen bzw. diese vorab beseitigt werden.</p> <p>Es ist zweckmäßig, wenn die ggf. anzupassende Entwässerungskonzeption frühzeitig abgestimmt wird. U. a. sind insbesondere Fragen des Versiegelungsgrades im Hinblick auf das bestehende Wasserrecht noch im Konzept zu beschreiben und zu erörtern. „</p> <p>Sofort anschließend aber wurde dann unter TOP 10 die Terrassierung der A.R.T. Teilfläche beschlossen, und der Auftrag vergeben. Sofort anschließend wurde</p>	<p>Der Verdacht des BUND wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen erforderlicher (Rück-)Baumaßnahmen erfolgt, soweit notwendig, eine fachgutachtliche Begleitung.</p> <p>An den Aussagen aus dem Jahr 2019 hat sich bis heute nichts geändert. Über den Umgang mit PFC-belasteten Böden oder sonstigen Materialien ist nach wie vor auf der Basis eines von der SGD Nord genehmigten Sanierungsplans bzw. im Einzelfall zu entscheiden.</p> <p>Dto.</p> <p>Dto.</p>
--	--

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>dann augenscheinlich weitflächig die Schutzschicht Oberboden entfernt, somit die Gefahr des PFAS-Austrages möglicherweise verschlimmert. Über diesbezügliche Abstimmungen mit der SGD wurde öffentlich bis heute nicht informiert.</p> <p>Ein von der SGD vorgelegter Sanierungsplan liegt bis heute nicht vor.</p> <p>Die Situation nach dem Bodenabtrag haben wir im Jahr 2020 mit Fotos dokumentiert.</p> <p>So gibt es seit drei Jahren dringendsten Handlungsbedarf. Obwohl B-Plan 9 im Jahr 2019 keine Rechtskraft hatte (weil die damals vorgesehen Ausgleichsmaßnahmen nicht durchgeführt werden konnten), wurde dort ein PFAS-Bodenlager (höchste Schadenstufe) in drei Shelters errichtet (auf einem Grundstück der BIMA, das damals die Flurstück Nummer 470/ 76 auf der Gemarkung Mötsch hatte). In der Sitzung am 9.9.2019 des Zweckverbandes wurde damals der Auftrag vergeben, das Gelände, das zu der Zeit der A.R.T. gehörte zu „terrassieren“, konkret also Ober-Boden abzutragen und wahrscheinlich in den drei Shelters zu lagern. Dabei wurde dem Boden auch noch eine schützende Deckschicht entfernt, so dass möglicherweise der PFASAustrag in die Umgebung verschlimmert wurde. Derartiger Bodenabtrag hätte nur mit der expliziten Genehmigung der SGD Nord erfolgen dürfen. Von den Vorgängen in 2019 ist in den gesamten umfangreichen Unterlagen kein Wort zu lesen. Wenn es eine Genehmigung der SGD Nord gegeben hat, so hätte sie den offengelegten Unterlagen beigefügt sein müssen.</p> <p>Die Folgen dieses Oberboden-Abtrages im Jahr 2019 in Bezug auf die PFAS-Austräge im Grund- und Oberflächenwasser müssen noch genau dokumentiert werden.</p> <p>8.) Landes- und Landschaftsplanung</p>	<p>Alle bis dato durchgeführten Maßnahmen fanden in enger Abstimmung mit der SGD Nord statt.</p> <p>Der Hinweis auch die Fotodokumentation wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wie oben bereits erwähnt, wurden alle bis zum jetzigen Zeitpunkt durchgeführten Maßnahmen in enger Abstimmung mit der SGD Nord durchgeführt.</p>
---	--

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Seit Aufgabe der militärischen Nutzung gab es nur teilweise Zwischennutzungen. Somit konnten sich neben den vorher bereits vorhandenen Waldflächen verschiedene und aus grünordnerischer Sicht erhaltenswerte Strukturen entwickeln.

Gemäß Landesentwicklungsprogramm Rheinland-Pfalz (LEP IV) liegt das Plangebiet in einem ‚landesweit bedeutsamen Bereich für Erholung und Tourismus‘; dessen ggf. vorrangige Auslegung ist in der Regionalplanung zu konkretisieren.

Die ‚Landschaftsplanung Flugplatz Bitburg 1994‘ sah für das Plangebiet besondere Maßnahmen zur Grünordnung in Bezug auf den Artenschutz, die Klimafunktion sowie hinsichtlich Erholungsfunktion / Landschaftsbild vor. In der ‚Rahmenplanung Air Base 1995‘ wird der wesentliche Teil des Plangebietes als „Fläche mit langfristiger Reservefunktion für bauliche Nutzung dargelegt, bei Nichtanspruchnahme: Umwidmung für die Entwicklung zu einem standorttypischen Laubwald mit Parkcharakter“. Im Westen sind (damalige) gehölzdominierte Flächen dokumentiert. Darüber hinaus wurden folgende flächenbezogene Entwicklungsziele und Beispiele für Naturschutzmaßnahmen definiert: - Erhaltung und Entwicklung eines naturnahen, standorttypischen Laubwaldes - Aufforstung mit Laubgehölzen - Erhaltung / Schaffung landschaftsbereichernder und ortbildprägender Gehölzstrukturen - Entfernung standortfremder Nadelgehölze (Ersatz durch einheimische Laubgehölze). Das mahnen wir an.

Die Aspekte der Landes- und Landschaftsplanung wurde im vorliegenden Bebauungsplan umfassend beachtet. So auch die hier augenscheinlich thematisierten Fragestellungen des Natur- und Artenschutzes.

Dass das Plangebiet in einem landesweit bedeutsamen Bereich für Erholung und Tourismus liegt, ist bekannt. Dies hat jedoch im Rahmen der Änderung des Bebauungsplans Nr. 9 im Zuge der erneuten Offenlage keine Bedeutung, weil es sich bereits vorher um ein planungsrechtlich ausgewiesenes Gewerbe- und Industriegebiet und zuvor um eine militärische Liegenschaft handelte, die einer touristischen Nutzung entzogen ist. Negative Auswirkungen durch die Bebauungsplanänderung auf Erholung oder Tourismus sind nicht zu erkennen.

Auf der Grundlage der zitierten Planungen wurde das Areal des ehemaligen Militärflugplatzes zwischenzeitlich zu einem Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungszentrum entwickelt. Alle diesbezüglichen Entwicklungen wurden durch Bebauungspläne abgesichert. Zu jedem Bebauungsplan wurden ordnungsgemäße Eingriffs-/Ausgleichbilanzierungen auf den seinerzeit gültigen gesetzlichen Grundlagen erstellt.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>Die aktuelle Planung ist mit vernünftiger Landschaftsplanung nicht vereinbar. Wir akzeptieren nicht, dass die genannten Ziele der Grünordnungsplanung überwiegend zurückgestellt werden.</p> <p>Mit Hilfe von Google-Earth kann auf Luftbildern verfolgt werden, wie im Dezember 2009 der Bereich von BPlan 9 noch durch naturbelassenes Grün gekennzeichnet ist – aber aktuell weite Teile zerstört sind.</p> <p>9.) Flora und Fauna</p> <p>Behauptet wird, dass es keine einem förmlichen Schutz unterliegende Biotope gebe - nur lokal seien folgende landes- und / oder bundesweit bestandsgefährdete – aber nicht einem förmlichen Schutz unterliegende – ‚Rote Liste – Biotoptypen‘ (BUSHART 1989 / RIECKEN 2006) vorhanden, nur: Laub(misch)wald mittlerer Standort, Waldmantel, Extensiv-Grünland mittlerer Standorte, teilweise Sukzessionsflächen feuchter Standorte, teilweise Krautbestände und –säume, heimische geschlossene Gehölzbestände, solitäre Einzellaubgehölze /-bäume im Offenland, Streuobst.</p> <p>Die ökologische Funktion von möglichen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang für die Tiere muss noch erfüllt werden z.B. für das Rot- Schwarz- Blau- und Braunkehlchen,</p> <p>Fledermäuse (Braunes Langohr, Breitflügelfledermaus, große oder kleine Bartfledermaus, große Abendsegler, Nordfledermaus, Rauhautfledermaus, Zweifarbfledermaus, Zwergfledermaus), den bodenbrütenden Baumpieper (von dem es insgesamt 5 Brutreviere innerhalb des Plangebietes gibt), den Greifvogel</p>	<p>Die Meinung des BUND wird zur Kenntnis genommen. Die Ziele der Grünordnungsplanung wurden im Zuge der Abwägung vollständig berücksichtigt. Zum Bebauungsplan wurde entsprechend den gesetzlichen Vorgaben eine Umweltprüfung durchgeführt und in einem Umweltbericht dokumentiert.</p> <p>Ausführungen des BUND werden zur Kenntnis genommen. Es ist darauf hinzuweisen, dass der Planung detaillierte Bestandserhebungen zur Grünstruktur zugrunde liegen.</p> <p>Hierbei handelt es sich nicht um „Behauptungen“ sondern um fachlich belegte Erkenntnisse.</p> <p>Die ökologischen Funktionen von Habitaten bleiben weiterhin erfüllt. Zudem wurden entsprechende Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft festgesetzt und vertraglich vereinbart. Alle Maßnahmen beruhen auf einem mit den zuständigen</p>
--	---

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>(Mäusebussard), Bluthänfling, Feldsperling, Haussperling, Klappergrasmücke</p> <p>Eidechsen, Grünspecht, Rauchschwalbe, Mehlschwalbe, Feldlerche, Erdkröte</p> <p>Wie soll das ausgeglichen werden? Die vorgeschlagenen Ausgleichs- maßnahmen sind zerstückelt. Auch sind CEF-Maßnahmen notwendig.</p> <p>Wann hat wer die Gefahren für die Flora und Fauna untersucht? Erwähnt ist nur ein Faunistisches Gutachten und eine Artenschutzprüfung von ISU 2014/2015, die beide zu alt sind.</p> <p>Ob es auch geschützte Magerwiesen gibt, ist noch zu überprüfen.</p> <p>Eine zukünftige regional bedeutsame Biotopvernetzung mit den insgesamt 86 ha geschützten Magerwiesen im Umfeld der Landebahn und mit den Wäldern in Norden wäre wichtiger als die möglichst umfassende Gewerbenutzung. Es gibt auch Gewerbe- und Industriegebiete, die den Mitarbeitern eine Parkatmosphäre bieten (Beispiel https://www.dbu.de/projektdatenbank/33281-01/?menucms=2409&az=33281%2F01).</p> <p>Zur Gestaltung der Flächen sowie zur Kompensation der zu erwartenden Eingriffe werden grünordnerische Festsetzungen nur zur randlichen Eingrünung sowie zur Durchgrünung mittels Straßenraumbegrünung und Begrünung privater Grund- stücksflächen getroffen (S. 14 der Begründung). Das reicht nicht aus. Nach der militärischen Nutzung sollte den Menschen und der Natur viel mehr zurückgegeben werden.</p> <p>Beschlussvorschlag: es soll ein blühendes Industrie/Gewerbegebiet entwickelt werden, das Natur, Umwelt und den Menschen viel mehr zurück gibt, als hier geplant ist. Das würde auch die notwendige externe Kompensation, die nur ungenügendes disperses</p>	<p>Behörden abgestimmten Gesamtkonzept und sind schlüssig belegt.</p> <p>Alle Aspekte von Fauna und Flora wurden nach den aktuellen gesetzlichen Vorgaben untersucht. Einzel- heiten sind dem Umweltbericht zu entnehmen.</p> <p>Im Plangebiet existieren nachweislich keine geschützten Magerwiesen.</p> <p>Die Meinung des BUND wird zur Kenntnis genommen, jedoch als unbegründet zurückgewiesen.</p> <p>Die Meinung des BUND wird zur Kenntnis genommen. Weitere Maßnahmen zur Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft finden nach erfolgter Eingriffs- /Ausgleichsbilanzierung außerhalb des Plangebietes statt und werden vertraglich abgesichert.</p> <p>Der „Beschlussvorschlag“ wird zur Kenntnis genom- men, jedoch als unbegründet zurückgewiesen.</p>
--	---

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Stückwerk ist (Umfang ca. 14,3 ha) reduzieren und bezahlbarer gestalten. Die Größe der bebaubaren Flächen und die möglichen Lagerflächen sollen stark reduziert werden.

10.) Oberflächen- und Abwasserbehandlung

Obwohl ein genaues Konzept für Oberflächen- und Abwasserbehandlung schon im Jahr 2019 angemahnt wurde, liegt es bis heute nicht vor. Damit sind wir nicht einverstanden. Die Kläranlage des Flugplatzes liegt direkt nördlich-westlich des Planungsbereiches. Ihr Ablauf leitet schon seit langer Zeit PFAS-belastetes Wasser ein, wie es mit EU-Recht nicht vereinbar ist (über RRB 1, 1a, 2, unterirdisch verrohrt, dann in den kleinen Pfaffenbach, den Pfaffenbach und den Daufenbach in die Kyll). Auch hier fehlen die konkreten PFAS-Messwerte, die sehr wohl vorliegen. Und dann soll die Kläranlage auch noch die Entwässerung des Flugfeldes (Regenwasser) durch das Plangebiet gewährleisten! Das ist nicht möglich ohne eine massive Aufrüstung der Kläranlage (vierte Reinigungsstufe) – einschließlich PFAS-Filter.

Das genauere Entwässerungskonzept muss (abgestimmt mit der SGD Nord) vorgelegt werden - auch die Einzugsbereiche der wasserrechtlichen Erlaubnisse.

Wie soll die Versickerung von Niederschlagswasser gesichert werden? Hierzu sind Angaben über die Durchlässigkeit der Böden notwendig! Zu beachten ist, dass es vermehrt zu Starkregenereignissen kommen wird. Auch die PFAS-Gefahren sind hier besonders zu berücksichtigen.

11.) Textfestsetzung zu Bohrungen

Die Behauptung, eine dicke undurchlässige Bodenschicht schütze das tiefere Grundwasser, ist Wunschdenken und nicht belegt. Es gibt Klüfte und Bohrlöcher, die für Einträge von Giftstoffen in das tiefer liegende Grundwasser sorgen. Wie oft schon hat der

Die Oberflächen- und Abwasserbehandlung erfolgt nach einem mit den zuständigen Behörden abgestimmten Gesamtkonzept für das Flugplatzgelände. Dass der BUND hiermit nicht einverstanden ist, wird zur Kenntnis genommen.

Messwerte aus angrenzenden Gewässern stehen in keinem Zusammenhang mit der Bauleitplanung.

Im Bezug auf wasserrechtliche Erlaubnisse u.Ä. ist die SGD Nord zuständig, die hierüber im Rahmen ihrer Auskunftspflicht auf Nachfrage informiert.

Die weitergehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>Werkleiter der Stadtwerke Bitburg gefordert, dass jede Bohrung auf der ehemaligen Base, die mehr als 80 m tief ist, der Genehmigung bedarf und sorgsam wieder verschlossen werden muss! Wir bitten Sie, das endlich in die Textfestsetzungen mit aufzunehmen.</p> <p>12.) Lärmkontingentierung</p> <p>Neu an diesem Stand der B-Planung ist, dass es keine Lärmkontingentierung mehr geben soll. Das ist den Menschen nicht zuzumuten, die sehr nahe wohnen. Auch starke Geruchsbelästigung sollte durch Textfestungen unterbunden werden. Nach Mötsch und Röhl sind es rund 1,3 km, nach Scharfbillig knapp 2 km.</p> <p>13.) Lagerflächen</p> <p>Lagerflächen auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sollen zulässig sein. Das ist ein Freifahrtschein für ein Sicherungsbauwerk der BImA. Das sollte in den Textfestungen geändert werden.</p> <p>14.) Wald</p> <p>Zu den sehr wenigen Bäumen, die gemäß Unterlagen erhalten werden sollen, ist ein Mindestabstand von ca. 25 – 30 m einzuhalten („baumfallende Länge“). Das</p>	<p>Entsprechende Festsetzungen im Bebauungsplan sind aufgrund fehlender Rechtsgrundlage nicht möglich.</p> <p>Der Hinweis auf die Entfernung des Plangebietes zu den umgebenden Ortschaften wird zur Kenntnis genommen. Der Wegfall der Lärmkontingentierung ist der neueren Rechtsprechung des BVerwG geschuldet, wie in der Begründung zum Bebauungsplan ausführlich dargelegt.</p> <p>Die Sicherstellung eines ausreichenden Lärmschutzes erfolgt auf Basis der TA Lärm durch Vorlage von Gutachten im Baugenehmigungsverfahren.</p> <p>Die Forderung nach Änderung der textlichen Festsetzungen in Bezug auf die Lagerflächen wird zurückgewiesen. Hierbei geht es nicht um Lagerflächen für Altlasten (Sicherungsbauwerk), wie vom BUND unterstellt, sondern um Freiflächen und Lagerplätze für die Betriebe innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans.</p> <p>Die Forderung des BUND wird zur Kenntnis genommen, jedoch als fachlich unbegründet zurückgewiesen.</p>
---	--

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>muss noch berücksichtigt werden. Wir fordern aber viel mehr Wald-Erhalt mit Berücksichtigung dieses Abstandes.</p> <p>15.) Energie aus nachwachsenden Quellen</p> <p>Die Pflicht zur intensiven Nutzung von Solarenergie und anderer Energie aus nachwachsenden Quellen sollte Bestandteil des Bebauungsplanes sein. Emissionen sollten auch gesenkt werden durch Kooperation aller Unternehmen auf der ehemaligen Base! Dies sollte Bestandteil aller neuen Bebauungspläne sein!</p> <p>Abschließende Bemerkungen und Forderungen</p> <p>Auf Grundlage der vorgelegten Unterlagen, die unvollständig und irreführend sind, darf der Standort nicht entwickelt werden. Aus unserer Stellungnahme von 2019 erwähnen wir noch einmal unsere zentrale Forderung, auf die bisher nicht eingegangen wurde:</p> <p>Vor irgendeiner Bebauung oder Bodenversiegelung, auch mit Folie muss nach gründlicher Bestandsaufnahme sorgsam saniert sein. Sehr tiefe Untersuchungen sind notwendig. Über Generationen hinweg ist ansonsten mit größeren Gefahren für das Trinkwasser, die Landwirtschaft, Menschen, Flora und Fauna (insbesondere die Kleinstlebewesen) zu rechnen – für die gesamte Trier-, Bitburg- und Luxemburger Grundwassermulde. Auch die besonderen Belange der Lebensmittelbetriebe in unmittelbarer Nähe erzwingen besondere Sorgfalt.</p> <p>Die Behauptung des Büros für Umweltplanung aus Mertesdorf: „Es finden sich derzeit lediglich punktuell bzw. kleinräumig noch kontaminierte Flächen im Gebiet.“ ist nicht korrekt. Bereits in früheren Stellungnahmen hat sogar die SGD darauf hingewiesen, dass es hier PFAS-Belastungen in Höhe von 5 Mikrogramm pro Liter Eluat gibt. In den</p>	<p>Der Vorschlag wird zur Kenntnis genommen. Eine verbindliche Regelung im Zuge eines Bebauungsplans ist jedoch mangels Rechtsgrundlage nicht möglich.</p> <p>Die abschließenden „Bemerkungen und Forderungen“ des BUND werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Vorwurf, dass die vorliegenden und im Rahmen der Beteiligung veröffentlichten Unterlagen unvollständig und irreführend seien, wird zurückgewiesen!</p> <p>Die Pflicht, noch vorhandene Bodenbelastungen zu sanieren, ergibt sich aus den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. In diesem Zusammenhang erforderliche Maßnahmen werden mit der SGD Nord abgestimmt.</p> <p>Die wiederholte Kritik am vorgelegten Gutachten wird zur Kenntnis genommen, jedoch erneut als unbegründet zurückgewiesen.</p>
---	--

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Bodenproben aus RRB 1a und RRB 2 wurden PFCKonzentrationen bis zu 6,8 µg/l und 7,1 µg nachgewiesen, sodass durch die Sedimente eine stetige Nachlieferung von PFC in den Pfaffenbach erfolgt (Altenbockum und Partner, 2017, Anlage 11.2)

An anderen Militärstandorten mit ähnlichen PFAS- Belastungen wurden schon vor mehreren Jahren Brunnengalerien geplant, um das abgehende Grundwasser zu reinigen und den PFAS Austrag zu minimieren (z. B. für den Bundeswehrstandort Manching in Bayern). Üblich sind auch Sperren, um den Schadstoffaustrag in bestimmte Richtungen zu unterbinden (Beispiel Flughafen Düsseldorf). Außerdem gibt es (aktuell noch teure) Verfahren, um Boden zu entgiften, ohne ihn zu entfernen (Beispiel IN-Campus in Ingolstadt).

Der Bereich von B-Plan 9 ist ein Hotspot für Umweltbelastungen. Das BÜRO FÜR UMWELTPLANUNG nennt 2014-2016 folgende Maßnahmen, bzw. Planungen in folgenden Büro-eigenen Unterlagen:

- a) Ehemal. Flugplatz Bitburg, B-Bereich (Abschnitt I) Gebäudeabbruch, Bodensanierung, Gebäudeschadstoffe, Endbereich, Mai 2014
- b) Ehemal. Flugplatz Bitburg, B-Bereich (Abschnitt II) Gebäudeabbruch, Bodensanierung, Gebäudeschadstoffe, Endbereich, Juli 2015
- c) „Gefahrungsabschätzung Phase IIa Ehemal. Flugplatz Bitburg - Shelter B-Bereich, Shelter 4038-4044 sowie Teile von Tankanlage 499,“ Mertesdorf, 2016:

mehrere Tanks und Abscheider vor dem Ausbau gelehrt, gereinigt, ausgebaut und entsorgt,

innerhalb von Gebäuden lagernde Abfälle gesichtet, sortiert und vor dem Gebäudeabbruch entsorgt,

in Teilbereichen Asbestsanierungen,

Die Ausführungen des BUND werden zur Kenntnis genommen, stehen allerdings in keinem Zusammenhang mit der verfahrensgegenständlichen erneuten Offenlage des Bebauungsplans.

Die weitergehenden Schilderungen des BUND werden zur Kenntnis genommen.

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

<p>belastetes Fugenmaterial zwischen den einzelnen Betonbodenplatten innerhalb der Gebäude und Gebäudevorfällen separiert und entsorgt,</p> <p>Asphaltflächen rückzubauender Straßen separat aufgenommen und z.T. mit dem Unterbau als gefährlicher Abfall entsorgt,</p> <ul style="list-style-type: none"> - Shelter 4025 / 4026 / 4027 / 4028 / 4029 / 4030 / 4031 / 4032 / 4033 / 4034 / 4038 / 4044 / 4045: Auslockerung von kontaminierten Erdreich sowie organoleptisch auffälliger Boden, (mikrobiologische) Wiederaufbereitung des kontaminierten Erdreiches Shelter 4026 / 4028: <p>Abpumpen des kontaminierten Baugrubenwassers / fachgerechte Entsorgung,</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gebäude 434: Ausbau von Tank und Abscheider, - Splitterschutzelemente: Entsorgung / teils Wiederverwertung, - Kontamination unter dem Unterbau der Straße nordöstlich von Shelter 4031/ Restkontaminationen in Richtung der anstehenden Böschung am Shelter 4025, <p>bei Aushubmaßnahmen ggf. anzutreffende Restkontaminationen der Sanierungs- / Rückbauflächen im Umfeld sind durch Erdaushub als gefährlicher Abfall ordnungsgemäß zu entsorgen.</p> <p>Schlussendlich kann jedoch nicht völlig ausgeschlossen werden, dass in den gutachterlich untersuchten Bereichen im Zuge von Erdarbeiten weitere Kontaminationen angetroffen werden.</p> <p>Allerdings ist all dieses ohne Bezug zu PFAS nur Stückwerk. Wir gehen davon aus, dass PFAS andere gefährliche Schadstoffe „konservieren“.</p>	<p>Restrisiken können auch bei sorgfältigster Prüfung niemals gänzlich ausgeschlossen werden.</p> <p>Die Vermutung des BUND, die durch nichts belegt ist, wird zur Kenntnis genommen.</p>
---	---

Offenlage: ☐ Erneute Offenlage: ☒

Es fehlen jegliche Angaben, wie aktuell mit Schadstoffen, Straßen- und Bauaushub umzugehen ist!“	Der weitere Umgang mit Schadstoffen wird im Zuge von Baumaßnahmen in Abstimmung mit der SGD Nord festgelegt.
Beschluss: Alle Hinweise und Anregungen des BUND werden zur Kenntnis genommen. Sie stehen jedoch in vielen Fällen nicht im Zusammenhang mit der verfahrensgegenständlichen Änderung des Bebauungsplans und der erneuten Offenlage. Im Übrigen sind sie unbegründet und teilweise spekulativ und werden daher zurückgewiesen. Dem „Beschlussvorschlag“ des BUND (siehe Kommentierung: „Es soll ein blühendes Industrie/Gewerbegebiet entwickelt werden, das Natur, Umwelt und den Menschen viel mehr zurück gibt, als hier geplant ist. Das würde auch die notwendige externe Kompensation, die nur ungenügendes disperses Stückwerk ist (Umfang ca. 14,3 ha) reduzieren und bezahlbarer gestalten. Die Größe der bebaubaren Flächen und die möglichen Lagerflächen sollen stark reduziert werden.“) wird nicht gefolgt.	
Abstimmungsergebnis: Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung	